

Wer an die Geschichte Österreichs nach 1945 denkt, verbindet damit nicht unbedingt Kriegswaffenproduktion, Waffenexporte und illegalen, aber politisch gedeckten Waffenhandel. Gerade in der Ära des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky galt die Alpenrepublik als Motor einer ausgleichenden Friedenspolitik zwischen den Machtblöcken. Dass das aber nur die halbe Wahrheit ist, unterstreicht Thomas Riegler mit der eindringlichen Schilderung eines Skandals, der Österreichs Politik in ihren Grundfesten erschüttert hat. Neue Quellen geben den Blick frei auf ein kompliziertes Geflecht aus politischen Interessen, wirtschaftlichen Problemen und sozialpolitischen Handlungszwängen, das für die Entscheidungsträger letztlich wichtiger war als Recht, Gesetz und Moral.

Thomas Riegler

## **„Macht's es unter der Tuchent“**

Die Waffengeschäfte der österreichischen Verstaatlichten Industrie und der Noricum-Skandal

### **1. Der Skandal und die Zweite Republik**

Der Noricum-Skandal hat das politische System der Zweiten Republik zwischen 1985 und 1993 nachhaltig erschüttert. Sieht man von journalistischen und politikwissenschaftlichen Arbeiten<sup>1</sup> ab, so fehlt eine quellengestützte Aufarbeitung der Causa bislang. Der Skandal entzündete sich an illegalen Waffengeschäften mit Irak und Iran, die sich im Ersten Golfkrieg zwischen 1980 und 1988 bekämpften. Lieferantin war die Noricum Maschinenhandels GmbH, eine Tochterfirma der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG (VOEST-Alpine AG), die das Schwergewicht der Verstaatlichten Industrie – der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG) darstellte<sup>2</sup>. Das Geschäft umfasste 353 weitreichende Haubitzen<sup>3</sup>, die dazugehörige Munition und

<sup>1</sup> Vgl. Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Neuaflage Innsbruck 2007; Kurt Tozzer/Günther Kallinger, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten 1999; Christian Dickinger, Die Skandale der Republik: Haider, Proksch & Co, Wien 2001.

<sup>2</sup> Die Verstaatlichte Industrie geht auf zwei Gesetze aus den Jahren 1946/47 zurück. Betroffen waren vor allem das Bankenwesen, die Eisen- und Stahlindustrie, die Chemie- und Erdölindustrie sowie die Elektrizitätswirtschaft. 1967 wurde die Verstaatlichte Industrie in der Österreichischen Industrieverwaltungs-GmbH (ÖIG) neu organisiert, drei Jahre später erfolgte der Umbau in die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG). Die Belegschaften der ÖIAG-Betriebe zählten in den 1970er Jahren etwa 125.000 Arbeiter, rund 20 % der österreichischen Industriebeschäftigten. 2015 wurde die ÖIAG in die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) umgewandelt.

<sup>3</sup> Laut dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Noricum-Skandal gelangten 213 Gun Howitzer Noricum, kurz GHN-45, über Jordanien in den Irak, 140 GHN-45 in den Iran. Bericht des parlamentarischen NORICUM-Untersuchungsausschusses, 1235 der Beilagen

Zubehör. Dabei verstieß die Noricum gegen das österreichische Kriegsmaterial-exportgesetz, dass den Waffenverkauf an kriegsführende Staaten untersagte. Nachdem die Geschäfte Ende der 1980er Jahre sukzessive öffentlich wurden, stellte sich die Frage nach der politischen und strafrechtlichen Verantwortung, die 1989/90 im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und zwischen 1991 und 1993 in mehreren Prozesse gegen Manager und Ex-Politiker geklärt wurde.

Dieser Beitrag untersucht die Thematik unter folgenden Gesichtspunkten: Erstens geht es darum, den Noricum-Skandal im Zusammenhang mit dem postindustriellen Wandel in Österreich zu verstehen. Zweitens soll die Causa als Fortführung einer Reihe problematischer österreichischer Rüstungsexporte nach Lateinamerika und in den Nahen Osten betrachtet werden. Drittens werden die Rahmenbedingungen aufgrund des Kriegsmaterialexportgesetzes und der österreichischen Neutralität aufgezeigt. Die arbeitsmarktpolitische Prämisse der Rüstungsproduktion und betriebswirtschaftliche Überlegungen führten hier fast zwangsläufig zum Konflikt. Abschließend gilt es, viertens, die politisch-juristischen Konsequenzen zusammenzufassen.

Die Quellenlage gestaltet sich schwierig: Viele relevante Unterlagen des Untersuchungsausschusses oder einschlägige Bestände des Archivs der Republik (AdR) unterliegen laut österreichischem Bundesarchivgesetz wegen personenbezogener Daten anstatt der Schutzfrist von 30 jener von 50 Jahren. Die Auswertung von Gerichtsakten ist dagegen möglich – allerdings stellt der Umfang der Unterlagen zum sogenannten Managerprozess (insgesamt 147 Bände) eine nicht unbeträchtliche Herausforderung dar. Darüber hinaus wurden vereinzelt Aktenteile aus Gründen der Geheimhaltung in einem separaten Ordner abgelegt, dessen Verbleib sich nicht klären ließ. Weitere Primärquellen für diesen Aufsatz stammen unter anderem aus der 1984 gegründeten Stiftung Bruno Kreisky Archiv (StBKA), das den politischen und persönlichen Nachlass des langjährigen Bundeskanzlers<sup>4</sup> umfasst. Darunter befindet sich beispielsweise das Tagebuch von Josef Staribacher (SPÖ), das dieser über seine Amtszeit als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie (1970 bis 1983) führte. Diese Aufzeichnungen ermöglichen einen subjektiven Blick in das Innenleben der Regierung Kreisky, in deren letzte Amtsperiode die Expansion der österreichischen Rüstungsproduktion fiel.

---

zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP, <http://www.ejournal.at/Info/0010014/noricum.pdf>, S. 42 ff. [Letzter Zugriff 25. 11. 2015].

<sup>4</sup> Dr. Bruno Kreisky (1911–1990) war zwischen 1970 und 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich. 1971, 1975 und 1979 erreichte er mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) jeweils die absolute Mehrheit. Innenpolitisch führte Kreisky Anfang der 1970er Jahre umfangreiche Reformen durch, etablierte einen Wohlfahrtsstaat und schärfte das außenpolitische Profil Österreichs.

## 2. Die österreichische Waffenindustrie

Wie der damalige freie Sozialwissenschaftler Peter Pilz<sup>5</sup> 1982 in seinem Buch „Die Panzermacher“ betonte, war Rüstungsproduktion in Österreich Anfang der 1980er Jahre grundsätzlich „nichts Neues“: „Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde im Kernland der damaligen Monarchie sukzessive mit der Produktion all dessen begonnen, was später im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, zu millionenfachem Einsatz kommen sollte.“ Nach 1945 musste die Waffenproduktion eingestellt werden – bis mit der Neugründung des Bundesheers 1955 auch wieder Kriegswaffen erzeugt wurden<sup>6</sup>. Zu Beginn der 1970er Jahre waren aber nur mehr zwei Betriebe – die Steyr-Daimler-Puch AG und die Hirtenberger Patronenfabrik – stärker auf diesem Feld tätig. 1975 exportierte Österreich Kriegsmaterial im Ausmaß von 0,8 Prozent seiner Exporte. 1979, nachdem die VOEST-Alpine ihr Engagement massiv ausgeweitet hatte, sollten es bereits 1,2 Prozent sein<sup>7</sup>.

Mitte der 1980er Jahre waren rund 15.000 österreichische Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Waffenproduktion abhängig. Die Branche wurde mehrheitlich von ÖIAG-Unternehmen dominiert: Ende der 1980er Jahre entfielen bereits 86 Prozent des Umsatzes auf die VOEST-Alpine<sup>8</sup> mit ihren Tochtergesellschaften – der Noricum Maschinenhandels GmbH, der Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik AG, den Österreichischen Schiffswerften AG Linz-Korneuburg, der Ennstaler Metallwerke GmbH und der Vereinigten Edelstahlwerke AG (VEW)<sup>9</sup>. Ein weiterer gewichtiger Faktor war die eisenverarbeitende Steyr-Daimler-Puch AG, Anfang der 1980er Jahre das drittgrößte Industrieunternehmen Österreichs und mehrheitlich im Besitz der Staatsbank Creditanstalt<sup>10</sup>. Daneben traten folgende Mitspieler auf: Glock<sup>11</sup>, Voere, die Südsteirische Metallindustrie, Dynamit-Nobel, die Swarovski-Werke und die ÖAF-Gräf & Stift AG<sup>12</sup>. Von den Produkten her entwickelte sich der Steyr-Daimler-Puch-Jagdpanzer „Kürassier“ zum Exportschlager in Staaten der „Dritten Welt“: „Die Wanne, die

<sup>5</sup> Dr. Peter Pilz zog 1986 für die Grüne Alternative in den Nationalrat ein – zwei Jahre später war er Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Causa Noricum. Aktuell fungiert er als Sicherheitssprecher der Grünen.

<sup>6</sup> Peter Pilz, Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte, Wien 1982, S. 5–12, Zitat S. 5.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, S. 13.

<sup>8</sup> Vgl. Hubertus Czernin/Otmar Lahodinsky, Geschäfte mit Krisen, in: profil vom 24.2.1986, S. 12–16, hier S. 14.

<sup>9</sup> Vgl. Lucian O. Meysels/Hubertus Czernin, Feuer frei!, in: Wochenpresse vom 6.7.1982, S. 14–17, hier S. 16f.

<sup>10</sup> Vgl. Czernin/Lahodinsky, Geschäfte mit Krisen, in: profil vom 24.2.1986, S. 14.

<sup>11</sup> Glock hatte zunächst Feldmesser für das Bundesheer produziert – 1983 bestellte das Verteidigungsministerium 20.000 der neu entwickelten Glock 17-Pistolen, womit der Aufstieg des Unternehmens begann; vgl. Paul M. Barrett, Glock. The Rise of America's Gun, New York 2013, S. 6–17. Aktuell setzt Glock „selbst vorsichtigen Schätzungen zufolge“ jährlich über 100 Millionen Euro um. Firmengründer Gaston Glock zählt mit einem geschätzten Vermögen von annähernd einer Milliarde Euro zu den reichsten Österreichern; vgl. Steffen Fründt, Die geheimnisvolle Glock-Fabrik in Deutsch Wagram, in: Die Welt vom 12.3.2012.

<sup>12</sup> Vgl. Der Spiegel vom 21.9.1987: „Fast Hochverrat“, S. 149f.

vorne 2-cm-Panzersprenggranaten trotzt, liefert die VOEST. Ein 300 PS starker Steyr-Dieselmotor macht den 17-Tonnen-Panzer, „der sich auch für alltägliche militärische Aufgaben wunderbar eignet [...] 67 Stundenkilometer schnell“, berichtete das Magazin *profil*, Werbematerial des Steyr-Konzerns zitierend. Mit Handfeuerwaffen – Jagdgewehren und dem Armee-Universal-Gewehr (Steyr AUG) – setzte Steyr-Daimler-Puch alleine im ersten Halbjahr 1980 1,5 Milliarden Schilling um. Der Rüstungssektor wurde als wichtige Stütze des gesamten Konzerns angesehen: Der Umsatz mit Kriegsmaterial war innerhalb von fünf Jahren von 100 Millionen auf drei Milliarden Schilling (1980) gestiegen und machte somit 20 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Von den 23.000 Beschäftigten von Steyr-Daimler-Puch waren 2.000 direkt in die Erzeugung von Gewehren, Militär-LKW und Panzern eingebunden<sup>13</sup>. Blickt man auf die großen Rüstungsexportore blieb Österreich freilich eine vernachlässigbare Größe: 1978 rangierte das Land mit 120 Millionen US-Dollar in Rüstungsexporten weit hinter den USA (6.700 Millionen US-Dollar), Frankreich (1.350 Millionen US-Dollar), Großbritannien (1.100 Millionen US-Dollar) und der Bundesrepublik Deutschland (1.100 Millionen US-Dollar). Allerdings machte Österreich im Vergleich zu anderen neutralen Rüstungsexportoreuren wie Schweden (100 Millionen US-Dollar) und der Schweiz (40 Millionen US-Dollar) deutlich mehr Umsatz<sup>14</sup>. Während also die Produktion schrittweise ausgeweitet wurde, entwickelten sich die Erträge rückläufig: Nach dem Boomjahr 1978 mit 7,8 Milliarden Schilling Umsatz waren es 1984 unter vier Milliarden Schilling. Im Vergleich zur gesamten Industrieproduktion waren die Waffenschmiede zu diesem Zeitpunkt mit 0,7 Prozent „Umsatzzwerge“<sup>15</sup>.

Der Hauptgrund für den relativ späten Aufbau eines Rüstungssektors lag in der wirtschaftlichen Entwicklung: Ab Mitte der 1970er Jahre wurde Österreich vom postindustriellen Wandel erfasst. Die Wachstumsraten sanken jährlich von 5 Prozent in den 1960er Jahren auf niedrige 2,6 Prozent in den 1970er Jahren<sup>16</sup>. Der Ölpreisschock von 1973/74 und die damit verbundene Erhöhung der Energiepreise hatte gerade die grundstofferzeugenden Zweige der Industrie, und hier den Stahl- und Eisenbereich, getroffen – Sektoren, in denen die Verstaatlichte Industrie ihre traditionellen Schwerpunkte hatte<sup>17</sup>. Der Kapazitätsabbau war so umfassend, dass die Staaten der Europäischen Gemeinschaft 1984 weniger Stahl produzierten als 30 Jahre zuvor<sup>18</sup>. Angesichts dieser massiven Verschlechterung der internationalen Konjunktur stieß der Austro-Keynesianismus an seine Grenzen. Darunter versteht man eine wirtschaftspolitische Kombination aus expansiver

<sup>13</sup> Otmar Lahodynky, Flucht ins Ausland, in: *profil* vom 11.8.1980, S. 39 ff., hier S. 40.

<sup>14</sup> Vgl. Pilz, *Die Panzermacher*, S. 17.

<sup>15</sup> Czernin/Lahodynky, *Geschäfte mit Krisen*, hier S. 16.

<sup>16</sup> Vgl. Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, S. 136.

<sup>17</sup> Stiftung Bruno Kreisky Archiv (künftig: StBKA), VI.I Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik, Box 170, Dringliche Anfrage im Bundesrat, 22. 10. 1981.

<sup>18</sup> Vgl. Georg Turnheim, *Die Reorganisation und Sanierung der verstaatlichten Industrie als Voraussetzung für deren Privatisierung (Periode 1986 bis 1990)*, in: Ders. (Hrsg.), *Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008*, Wien 2009, S. 85–101, hier S. 87.

Budgetpolitik, wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Hartwährungspolitik und sozialpartnerschaftlicher Lohn- und Preispolitik – um die Kaufkraft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten, was sich jedoch zunehmend schwierig gestaltete<sup>19</sup>.

Im Winter 1980/81 überschritt die Arbeitslosenzahl erstmals die symbolisch wichtige Marke von 100.000 Personen. Eine Serie von Firmenzusammenbrüchen brachte Österreichs zweitgrößtes Kreditinstitut, die Länderbank, ins Wanken, während die VOEST-Alpine 1981 das bis dahin schlechteste Betriebsergebnis schrieb<sup>20</sup>. 1982/83 sollten sich die Rahmenbedingungen durch den zweiten Ölshock zusätzlich eintrüben – die Arbeitslosigkeit stieg 1982 auf 3,5 Prozent<sup>21</sup>. Der „Kampf um Vollbeschäftigung“ sei dementsprechend zur „staatspolitischen Leitlinie, ja nachgerade zum Dogma geworden“, so der Kreisky-Biograph Wolfgang Petritsch<sup>22</sup>. Diese Priorität bestätigte auch der langjährige Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB), Anton Benya, 1990 als Zeuge im Zuge des Noricum-„Managerprozesses“: „Die Regierung war daran interessiert, ganz gleich, ob das bei der Voest-Alpine oder bei privaten Firmen war: Beschäftigung! Beschäftigung, Beschäftigung für die Menschen.“ Auf Nachfrage des vorsitzenden Richters, ob diesbezüglich auch Druck seitens der Gewerkschaft ausgeübt wurde, antwortete Benya: „Wenn man selbst einmal einige Male arbeitslos gewesen ist, und zwar in der 1. Republik, und weiß, was es bedeutet, wenn die Leute arbeiten wollen, um ihre Familien ernähren zu können, dann sagt man: Das Wichtigste ist, den Leuten eine Arbeit zu geben ansonsten entstehen Notstandsgebiete.“<sup>23</sup> Ähnlich äußerte sich eine weitere Zeugin, die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jolanda Offenbeck – die Sicherung von Arbeitsplätzen sei ein „wesentliches Anliegen“ gewesen, „daß man gesagt hat: ‚Arbeitslosigkeit führt zu Radikalisierung usw.‘ Wir kennen das doch noch aus den Dreißigerjahren. Das wollte man nie haben, und daher war dies eigentlich einer der wesentlichen Bestandteile unserer Politik, nämlich die Arbeitsplätze zu sichern, damit keine Massenarbeitslosigkeit entsteht.“<sup>24</sup>

Als die Stahlkrise und der damit verbundene Nachfrageeinbruch ab Mitte der 1970er Jahre die Strukturschwächen einzelner VOEST-Alpine-Standorte offenlegte, reagierte man mit einer Diversifikationsstrategie – also mit dem Einstieg in neue Produktionsbereiche und Technologien, darunter auch die Waffenproduktion. In einem diesbezüglichen Vorstands-Dokument von 1979 heißt es: „Es hat sich gezeigt, dass die Werke Ferlach, St. Aegyd, Eisenerz, Liezen und Kindberg auch bei normalem Konjunkturverlauf nur mit relativ hohen Verlusten zu führen wären, und wir waren daher gezwungen, eine Änderung der Produktionsstruktur dieser Betriebe herbeizuführen.“ Das Werk Liezen galt als

<sup>19</sup> Vgl. Liselotte Douschan, Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident, Wien 2011, S. 197–200.

<sup>20</sup> Vgl. Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biografie, St. Pölten 2010, S. 136 f.

<sup>21</sup> Vgl. Douschan, Anton Benya, S. 202.

<sup>22</sup> Petritsch, Bruno Kreisky, S. 269.

<sup>23</sup> Landesgericht Wien (künftig: LG Wien), 30 Vr 305/87, Bd. 196, S. 6469 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 3. 10. 1990.

<sup>24</sup> Ebenda, Bd. 192, S. 460 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 3. 9. 1990.

eines der „größten Sorgenkinder“. Um den Standort und dessen Arbeitsplätze zu erhalten, wurde Waffenherstellung als „optimale Lösung“ ins Auge gefasst. Darin sah man die Möglichkeit, „Liezen langfristig zu sanieren und gleichzeitig durch Abgabe der Gießerei den Standort Traisen abzusichern“<sup>25</sup>. Schon ab 1978 begann daher Generaldirektor Heribert Apfalter, den Rüstungsgüterverkauf auszuweiten. Zu diesem Zeitpunkt produzierte das Unternehmen bereits Sprenggranatkörper, Panzerwannen, Panzer-Turmoberteile und -aufbauten, Kettenglieder und verschiedene Lafettenkomponenten<sup>26</sup>. Nun wurde am 1. September 1979 ein eigener Geschäftsbereich, die „Wehrtechnik“, installiert. Der Vorstand war überzeugt, dass man als Hütten- und Verarbeitungsbetrieb produktionstechnisch „beste Voraussetzungen“ mitbrächte. Außerdem würden sich besonders günstige Marktchancen bieten, „sofern es gelingt, komplett Waffensysteme auf Basis eigener Technologie zu fertigen und anzubieten“<sup>27</sup>. Als Verkaufsschiene wurde die Noricum Maschinenhandels GesmbH in Liezen aufgebaut. Gemäß Vorstandsbeschluss sollte die Noricum „a) den Vertrieb der wehrtechnischen Produkte des VA-Konzerns [Voest-Alpine] an alle Kunden und b) den Vertrieb sonstiger Produkte des VA-Konzerns an das Österr.[eichische] Bundesheer und ausländische Militärs durchführen“<sup>28</sup>. Der Vorstand begründete seine Entscheidung grundsätzlich damit, dass „die staatliche und geopolitische Situation Österreichs“ eine eigenständige Produktion von „Verteidigungsgeräten“ erfordere und dies „geradezu zwangsläufig Exportaktivitäten nach sich ziehen“ würde – „mit allen volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Arbeitsplätze, Handelsbilanz, Image: Österreich als Lieferant hochtechnischer Geräte usw.)“. Die Sparte Wehrtechnik ermögliche „einen indirekten Zugang zu modernster Anwendungstechnologie und damit den Ausgangspunkt für Innovationen im zivilen Bereich (z.B. Mikroelektronik, Präzisionstechnik)“. Eine „größere Programmabreite“ der Verstaatlichten Industrie würde zudem den Vorteil bieten, „künftige Konjunkturschwankungen abzufangen“<sup>29</sup>.

Die Entscheidung für die Wehrtechnik kam im Kontext der bis dahin überschaubaren Waffenproduktion einem Kulturwandel gleich, der in der pazifistisch geprägten und politisch neutralen Zweiten Republik von Beginn an Widerspruch provozierte. Selbst intern gab es Widerstände: In einer Aufsichtsratssitzung meinte etwa der ÖIAG-Vorstandsvorsitzende Oskar Grünwald, dass die Waffenproduktion „wahrscheinlich einfach notwendig“ sei – allerdings müsse in einem Land „mit so großer katholischer und sozialistischer Tradition getrachtet werden [...], nur soweit als unbedingt notwendig auf diesem Sektor tätig zu werden, im übrigen aber den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten in größtmöglichem Umfang auf zukunftsträchtige zivile Produkte zu legen. Dies umso mehr, als die

<sup>25</sup> Ebenda, Bd. 143, S. 619–641, Aktivitäten der VOEST-Alpine auf dem Gebiet der Wehrtechnik, 19. 10. 1979.

<sup>26</sup> Ebenda, Bd. 143, S. 691, Bericht für Herrn Generaldirektor Dkfm. APFALTER, 14. 5. 1979.

<sup>27</sup> Ebenda, Bd. 143, S. 619–641, Aktivitäten der VOEST-Alpine auf dem Gebiet der Wehrtechnik, 19. 10. 1979.

<sup>28</sup> Ebenda, Bd. 143, S. 565, Aktenvermerk, 28. 8. 1981.

<sup>29</sup> Ebenda, Bd. 143, S. 555, Argumentation Wehrtechnik, 4. 5. 1982.

Fertigung militärischer Produkte auf Grund des relativ geringen Eigenbedarfs immer exportorientiert und damit auch außenpolitisch brisant sein wird.“<sup>30</sup>

Die Haltung der Regierungspartei SPÖ in der Rüstungsfrage war von Widersprüchen gekennzeichnet. Im Parteiprogramm von 1978 fand sich die Forderung, dass die „Macht der Rüstungsindustrie beseitigt“ und „Initiativen für Abrüstung“ gesetzt werden sollten<sup>31</sup>. Für die Regierung wog die arbeitsmarktpolitische Prämissen dennoch mehr als ideologische Vorbehalte. Handelsminister Josef Staribacher beispielsweise vertrat die Ansicht, „dass wir so wie andere Staaten unbedingt die Interessen der österreichischen Industrie bei Waffenverkäufen wahrnehmen müssen. Ideologisch mag man als Sozialist und, wie ich mich auch bezeichnen darf, als Pazifist zu diesen Problemen stehen, wie man will. Die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Steyrer-Werke und auch für andere Produzenten wie Hirtenberg, Assmann, usw. entweder alte Absatzgebiete zu bewahren oder was noch wichtiger ist, neue wie z.B. eben Tunesien dazuzugewinnen, sind aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unbedingt notwendig.“<sup>32</sup> In der Partei gab es viele, die diese pragmatische Sichtweise nicht teilten. Aber wie der damalige SPÖ-Jugendfunktionär Fritz Edlinger<sup>33</sup> rückblickend betonte, waren die innerparteilichen Auseinandersetzungen rund um das Atomkraftwerk Zwentendorf (1978) und die Besetzung der Hainburger Au (1984) „viel härter“ als die Konflikte „rund um die Waffengeschäfte“: „Diese wurden vom Gewerkschaftsflügel quasi unter dem Teppich forcierter. Außerdem hat sich Kreisky da persönlich nicht so engagiert. Er hatte ja ein Vertrauensverhältnis zu Anton Benya, und da ist viel im Vorhinein ausgeräumt worden. Der Protest gegen die Waffengeschäfte ist also rein von den SPÖ-Jugendorganisationen und darüber hinaus in Bündnissen mit außerhalb der SPÖ stehenden Gruppierungen getragen worden. Es ist ja auch bei den Waffengeschäften um die Exportchancen einer überschaubaren Anzahl von Betrieben gegangen – im Unterschied etwa zur Energiefrage, die aus Sicht der Gewerkschaften die gesamte industrielle Zukunft Österreichs betroffen hat.“<sup>34</sup>

Bei der Auswahl des Produkts ging man seitens der VOEST-Alpine davon aus, dass gerade weitreichende Kanonen gute Absatzchancen haben würden. Im Mai und November 1979 kam es zum Abschluss zweier entsprechender Lizenzverträge mit der kanadischen Space Research Cooperation<sup>35</sup>. Firmengründer Gerald Bull<sup>36</sup>

<sup>30</sup> Ebenda, Bd. 143, Protokoll für die 2. Sitzung des Aufsichtsrates der VOEST-ALPINE AG im Geschäftsjahr 1981, 7.7.1981.

<sup>31</sup> Otmar Lahodinsky, Weine nicht, Argentinien, in: profil vom 29.6.1981, S. 12–14.

<sup>32</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 19.1.1977 (Rechtschreibfehler im Original korrigiert).

<sup>33</sup> Fritz Edlinger war von 1971–1973 Bildungssekretär der Sozialistischen Jugend Österreich und anschließend bis 1976 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Seit 1996 ist er Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen.

<sup>34</sup> Interview mit Fritz Edlinger, 19.9.2012.

<sup>35</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 6.

<sup>36</sup> Dr. Gerald Bull (1928–1990) war ein kanadischer Ingenieur und wurde am 22.3.1990 in Brüssel ermordet – angeblich weil er für den Irak eine „Supergun“ geplant und zur Einsatzreife gebracht hatte (Projekt Babylon); vgl. William Lowther, Arms and the Man. Dr. Gerald

galt damals als führende Autorität auf dem Gebiet der Artillerietechnologie. Die VOEST-Alpine erwarb von Bull für 400 Millionen Schilling die Lizenz zur Erzeugung der *Gun Howitzer Noricum*-Kaliberlänge 45, kurz GHN-45. Hierbei handelte es sich angeblich um „die beste Kanone der Welt“ – eine gezogene 155-mm Haubitze, die sowohl mit konventioneller Munition als auch mit taktischen Nuklearwaffen bestückt werden konnte. Mit einer Reichweite von 39 km übertraf die GHN-45 die Schussweiten sämtlicher Konkurrenzprodukte um fast 10 km<sup>37</sup>. Mit einer Spezialmunition (base bleed) ließ sich die Reichweite sogar auf 45 km steigern. „Die Geschäftsanbahnung mit Gerald Bull ist auf ganz normalem Weg gelaufen“, betonte der ehemalige Norigum-Geschäftsführer Peter Unterweger im Interview: „Einer unserer Leute hat ihn kennengelernt und eine weltweite Lizenzproduktion besprochen. Viel konnte man mit Bull ohnehin nicht reden, denn er trank pro Tag ungefähr eineinhalb Flaschen Whisky. Aber Bull war definitiv ein absolut genialer Waffentechniker. Seine Entwürfe haben alles in den Schatten gestellt, was es damals international in Sachen Artillerie gegeben hat. Da sind die Idee und der Gedanke gereift, dass man das in Liezen machen könnte, um die dortige defizitäre Produktion durch hochwertigen Maschinenbau zu substituieren. Dieser Entschluss hat nicht auf moralisch-ethischen Überlegungen basiert, sondern begründete sich schlicht einfach darin – mit der Einzigartigkeit der GHN-45 – zu punkten und Arbeitsplätze abzusichern. Die Reichweite der GHN-45 von 45 km ist übrigens auch bis heute nicht überboten worden.“<sup>38</sup>

Mit der Fertigung der GHN-45 waren alleine in Liezen 1.600 Arbeiter beschäftigt. Die zur Kanone passende Spezialmunition, Treibladungen und Zünder wurden von der Hirtenberger Patronenfabrik hergestellt, von der die VOEST-Alpine im Juli 1981 mehr als 73 Prozent der Aktien gekauft hatte<sup>39</sup>.

Seitens der politisch Verantwortlichen erkannte Bundeskanzler Kreisky im Einstieg der VOEST-Alpine in die Wehrtechnik eine „weitreichende unternehmerische Entscheidung, von der auch Rückwirkungen für die österreichische Außen- und Außenhandelspolitik erwartet werden können“. Er bat daher den Vorstand um Mitteilung, „wie sie das Risiko für einen gesicherten Absatz in Anbetracht der Beschränkungen sehen, die sich aus dem Status der immerwährenden Neutralität und den gegebenen gesetzlichen Normen in Österreich ergeben“<sup>40</sup>. Wie aus dem Protokoll einer VOEST-Alpine-Vorstandssitzung hervorgeht, dürfte der Bundeskanzler die Weichenstellung zuvor schon gebilligt haben – so hieß es 1978 über ein „Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Kreisky zum Thema Wehrtechnik“: Dieser „erachtet unsere Vorgangsweise als sinnvoll im Sinne der Strukturbereinigung und weist darauf hin, daß bei unserem Vorgehen darauf Bedacht genommen wer-

Bull, Iraq, and the Supergun, Toronto 1991; James Adams, Bull's Eye. The Assassination and Life of Supergun Inventor Gerald Bull, New York 1992.

<sup>37</sup> Rudolf Stoiber, Die Kanone, von der man spricht, in: profil vom 21. 1. 1985, S. 38 ff., hier S. 38.

<sup>38</sup> Interview mit Mag. Peter Unterweger, 9. 2. 2011.

<sup>39</sup> Vgl. Peter Pilz, Eskorte nach Teheran. Der österreichische Rechtsstaat und die Kurdenmorde, Wien 1997, S. 37.

<sup>40</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Kreisky an den Vorstand der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft, 8. 10. 1979.

den soll, den österreichischen Staatsvertrag nicht zu verletzen und eine Kollision mit Hirtenberger und Steyr-Daimler-Puch zu vermeiden“<sup>41</sup>. Kreisksys Zweifel wurden genährt, als ihn der damalige österreichische Generalkonsul in New York, Thomas Nowotny, darüber informierte, dass die Space Research Cooperation „international schwer kompromittiert sei“ – und zwar wegen „Waffenschiebereien nach Südafrika“<sup>42</sup>. Laut eigenen Angaben warnte Kreisky den ÖLAG-Vorstand ebenso wie Apfalter „eindringlich vor den Risiken derartiger Geschäfte“. Verantwortliche der VOEST-Alpine versicherten daraufhin, „dass die Pressemeldungen über Gesetzesverstöße im Zusammenhang mit Geschäften mit Dr. Bull [...] jeder Grundlage entbehren“<sup>43</sup>.

In der SPÖ-Führung waren die Wehrtechnik-Befürworter in der Mehrzahl. Während einer Sitzung des erweiterten Parteipräsidiums brachte Kreisky Einwände vor – allerdings erfolglos: „Vor allem die Oberösterreicher, die Steirer und die Gewerkschafter habe ich gegen mich gehabt, die argumentiert haben, Liezen müsse zusperren. Ich habe massiven Widerstand von denen gehabt, die gesagt haben, nein, bitte, wir wünschen keine Einnischung. Die VOEST muß das selbst verantworten.“<sup>44</sup> Nach den Erinnerungen eines Sitzungsteilnehmers, des damaligen SPÖ-Zentralsekretärs Karl Blecha<sup>45</sup>, gab es überhaupt nur zwei Gegenstimmen: „Von Heinz Fischer und mir. Alle anderen waren dafür. Kreisky hat sich wie immer mit seiner Meinung im Hintergrund gehalten – bis er gemerkt hat mit welcher Vehemenz Anton Benya und die verschiedenen Landesvorsitzenden für die Wehrtechnik eingetreten sind. Mein Argument dagegen war, dass man sich damit auf sumpfiges Gelände begibt. Denn als Produzent von Wehrtechnik hat man nur die Möglichkeit, Gewinne zu machen, wenn man exportiert. Und exportieren kann man die Waffen nur dorthin, wo sie gebraucht werden, d. h. dorthin, wo Krieg geführt oder ein solcher befürchtet wird – was im Falle Österreichs zwangsläufig Schwierigkeiten mit dem Neutralitätsstatus bedeutet. Das war für mich eine ganz klare Sache.“<sup>46</sup>

Dass die Politik grünes Licht gegeben hatte, war später das Hauptargument bei der Verteidigung der angeklagten Noricum-Manager<sup>47</sup>. Beim Wehrtechnik-Engagement sei „überhaupt kein Politiker dagegen“ gewesen, „vom Betriebsrat bis zur Regierung“, gab etwa Noricum-Gesamtprokurist Anton Elmer 1990 an: „Wenn ich jetzt höre, Kreisky war dagegen, dann möchte ich ein Zitat wiedergeben, was er wirklich zum Schluss gesagt hat: ,Okay, macht's es, aber macht's es unter der

<sup>41</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, S.717, Protokoll Vorstandssitzung der VOEST-Alpine, 21.8.1978.

<sup>42</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Nowotny an Kreisky, 18.9.1979.

<sup>43</sup> Ebenda, Box 19, undatiertes Schreiben.

<sup>44</sup> Rudolf Stoiber, Die Männer im Hintergrund, in: profil vom 4.2.1985, S. 42–45, hier S. 43.

<sup>45</sup> Karl Blecha war 1976–1981 Zentralsekretär der SPÖ und 1983–1989 Bundesminister für Inneres.

<sup>46</sup> Interview mit BM a.D. Karl Blecha, 21.3.2011.

<sup>47</sup> Vgl. Basta, Nr. 7–8/1990: „Kanonen-Roundtable: Die Politiker haben alles eingefädelt...“, S. 40ff.

Tuchent.<sup>48</sup> Kreisky bezichtigte Elmer der „Verleumdung“<sup>49</sup> und legte Wert darauf, „nicht der Diktator der Industrie“ gewesen zu sein<sup>50</sup>. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die Causa Noricum 1989/90 untersuchte, konnte jedenfalls „keine Einflussnahme“ von politischer Seite „gegen“ die Ausweitung der Waffenproduktion feststellen: „Bei mehreren offiziellen Auslandsbesuchen von Regierungsmitgliedern wurde sogar ausdrücklich auf diese Waffenproduktion hingewiesen.“<sup>51</sup> Überhaupt konnten sich die Waffengeschäfte vielfältiger Subventionen erfreuen: Exportförderung, Exportgarantien durch die Kontrollbank<sup>52</sup>, Hilfen durch staatliche Banken sowie Unterstützung durch das Bundesheer, das Offiziere des Amts für Wehrtechnik regelmäßig für Präsentationszwecke im Ausland freistellte. Techniker des Bundesheers halfen bei der Entwicklung eines Sturmgewehrs, ebenso sprangen die Streitkräfte bei Lieferengpässen ein – so wurden etwa 1978 für einen Exportauftrag der Patronenfabrik Hirtenberger nach Bolivien 20 Millionen Schuss Munition aus Bundesheer-Magazinen bereitgestellt<sup>53</sup>.

### **3. Waffenexport und gesetzliche Bestimmungen**

Der Absatz von Waffen war für ein neutrales Land wie Österreich<sup>54</sup> nicht unproblematisch: Laut internationalem Recht verpflichtete das Haager Übereinkommen (1907) neutrale Staaten dazu, kein eigenes Kriegsmaterial an Kriegsführende abzugeben. Beschränkungen für den Handel mit Kriegsmaterial durch Private ergaben sich dadurch nicht, es bestand lediglich die Verpflichtung zur Gleichbehandlung der Kriegsparteien<sup>55</sup>. In Österreich selbst verbot der § 320 des Strafgesetzbuchs unerlaubte Waffenexporte „während eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes, an denen die Republik Österreich nicht beteiligt ist“ als „Neutralitätsgefährdung“<sup>56</sup>. Die gesetzliche Regelung der Waffenexporte basierte bis Ende der 1970er Jahre auf einem deutschen Gesetz vom 6. November 1935 über die Aus- und Einfuhr von Kriegsgeräten, das durch eine Verordnung des Reichsministers

---

<sup>48</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 189, S. 134 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 18.4.1990.

<sup>49</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, undatiertes Schreiben.

<sup>50</sup> Herbert Langsner, „Widersprüchliches Bild bleibt bestehen“, in: profil vom 2.1.1990, S. 13 f., hier S. 13.

<sup>51</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 7.

<sup>52</sup> Die Österreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft ist zentraler Finanz- und Informationsdienstleister für Exportwirtschaft und Kapitalmarkt.

<sup>53</sup> Vgl. Otmar Lahodynky/Christian S. Ortner, Rüsten oder rosten, in: profil vom 6.7.1981, S. 31–34, hier S. 33.

<sup>54</sup> Mit dem Rückzug der alliierten Besatzungstruppen hatte 1955 Österreich seine „immerwährende Neutralität“ erklärt. Diese verpflichtete das Land zur Bündnisfreiheit und verbot die Stationierung ausländischer Truppen, den Besitz atomarer sowie anderer offensiver Waffen.

<sup>55</sup> Vgl. Wolfgang Brandstetter/Gerhard Loibl, Neutralität und Waffenexporte. Völkerrechtliche Überlegungen zum Tatbestand der „Neutralitätsgefährdung“, Wien 1990, S. 11 f.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 9 f.

des Inneren vom 13. Februar 1939 über die Einführung des deutschen Waffenrechtes auf Österreich übertragen wurde<sup>57</sup>. Erst 1977 wurde ein neues Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial beschlossen: Nach §1 waren Export, Import und Transit von Waffen nunmehr bewilligungspflichtig. Zuständig war der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit den Bundesministern für Auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung nach Anhörung des Bundeskanzlers. Die Bewilligung war gemäß § 3 Absatz 1 zu erteilen, „falls nicht die Ein-, Aus- oder Durchfuhr völkerrechtlichen Verpflichtungen oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich unter besonderer Bedachtnahme auf die immerwährende Neutralität zuwiderläuft oder ihr sicherheitspolizeiliche oder militärische Gründe entgegenstehen oder andere diesen vergleichbare gewichtige Bedenken bestehen“. In den Erläuterungen zum Kriegsmaterialexportgesetz finden sich beispielsweise Bedenken humanitärer Art – wenn etwa „Grund zur Annahme besteht, dass eine Kriegsmateriallieferung im Bestimmungsland zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet werden soll“. Darüber hinaus heißt es in den Erläuterungen: „Nicht bewilligt werden unter diesen Gesichtspunkten Exporte in Gebiete, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonst wie gefährliche Spannungen bestehen.“<sup>58</sup> 1982 wurde das Kriegsmaterialgesetz novelliert, und zwar unter anderem dahingehend, dass künftige Exporte untersagt würden, wenn in dem Bestimmungsland „[...] auf Grund schwerer und wiederholter Menschenrechtsverletzungen die Gefahr besteht, dass das gelieferte Kriegsmaterial zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet wird“. Als weitere Exporthindernisse galten: bewaffnete Konflikte, Kriegsgefahr, gefährliche Spannungen und Embargobeschlüsse des UN-Sicherheitsrats<sup>59</sup>. Nach der Meinung von Experten ähnelten diese Bestimmungen jenen anderer neutraler Staaten wie der Schweiz und Schwestern „weitgehend“. Österreich besaß damals unter den neutralen Staaten in Westeuropa also „keineswegs“ das strengste Exportrecht: „Vielmehr ist das Kriegsmaterial-Exportrecht Schwedens bzw. der Schweiz in einzelnen Bestimmungen strenger als jenes Österreichs“ – etwa wegen der obligatorischen Vorlage von Endverbraucherzertifikaten oder wegen der Möglichkeit, Waffenschmieden jederzeit behördlich kontrollieren zu können, die in der Schweiz bestand. Dafür waren Gründe für die Verweigerung eines Exports in allen drei Ländern praktisch „ident“<sup>60</sup>.

Die Anwendung des Kriegsmaterialexportgesetzes stieß jedoch auf beträchtliche Schwierigkeiten – „indem es den Verkauf von Rüstungsgütern an die besten Kunden, nämlich ‚an Staaten, die das Zeug auch wirklich verwenden‘ (so Nationalratspräsident Leopold Gratz, SPÖ<sup>61</sup>) untersagte, forderte es zu Übertretungen

<sup>57</sup> Vgl. ebenda, S. 98.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 82–92, Zitate S. 82 u. S. 89.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 105 f.

<sup>60</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 170, S. 63, Vergleich des Kriegsmaterial-Exportgesetzes in Österreich, der Schweiz und in Schweden.

<sup>61</sup> Mag. Leopold Gratz (1929–2006) war von 1973 bis 1984 Bürgermeister von Wien, danach Präsident des Nationalrats und zwischen 1986–1988 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

geradezu heraus“, befand *Der Spiegel*<sup>62</sup>. Auch der Noricum-Untersuchungsausschuss erkannte im Nachhinein ein zentrales „Spannungsfeld“: „Dem Sinn des Gesetzes standen wirtschaftliche Überlegungen auf bzw. von Seiten der Verstaatlichten Industrie, Arbeitsplätze zu sichern und positiv zu bilanzieren, gegenüber.“<sup>63</sup> Bei „exakter Auslegung des Gesetzes“ wären Exporte von Kriegsmaterial eigentlich „nahezu ausgeschlossen“ gewesen<sup>64</sup>.

Der damalige Innenminister Erwin Lanc<sup>65</sup> (SPÖ) hatte sich schon bei der Entscheidung über das Gesetz 1977 im Parlament der Stimme enthalten: „Ich war immer ein Gegner dieses Kriegsmaterialexportgesetzes, weil es im wirklichen Ernstfall nicht vollziehbar ist. Es ist schon schwer genug, auf eigenem Territorium den Lauf der Dinge zu verfolgen – wenn es sich nicht um ganz große Sachen handelt. So wie andere Dinge geschmuggelt werden, können auch Waffen hinausgeschmuggelt werden. Ich habe daher seinerzeit versucht, den Prof. Ermacora<sup>66</sup>, einen der Väter des Gesetzes, zu überzeugen, dass sie da quasi mit Kanonen auf Spatzen schießen. Aber es herrschte zwischen Regierung und Opposition Konsens, dass man da unbedingt gesetzliche Regelungen treffen muss, aus Gründen des Völker- und Menschenrechts und was es sonst noch für gute Gründe gibt. Ich habe gesagt: Dieses Gesetz ist in Wirklichkeit nicht vollziehbar, weil einfach die Voraussetzungen für die Kontrolle fehlen. Der österreichische Nationalrat kann ja nicht beschließen, dass sich ausländische Behörden administrativer Kontrolle unterziehen, ob irgendeine Sendung, die bewilligt wurde, auch tatsächlich ihren ursprünglich angegebenen Bestimmungsort erreicht und nicht einen anderen.“<sup>67</sup>

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, das sich für alles interessierte, ließ sich 1982 von einem verbündeten Dienst auch über die Novelle des Kriegswaffenexportgesetzes informieren. Das Dilemma der österreichischen Waffenindustrie wurde analysiert, und man erkannte ein Schlupfloch, das später im Zuge des Noricum-Skandals genutzt wurde. Export-Importeurfirmen würden keine Genehmigung für Waffengeschäfte erhalten, „wenn im Importeurland die Menschenrechte verletzt werden. Somit wird möglicherweise der Export von österreichischen Waffenexporteuren nicht erfüllt werden. Es wird erwartet, daß sie ihre Tätigkeit zum Verkauf von Waffen und Munition in solche Länder mit Hilfe von Drittländern, und insbesondere mit Hilfe von sozialistischen Ländern, aktivieren [...]. Die negative Handelsbilanz Österreichs zwingt die Regierung Österreichs jedoch, ihren eigenen Beschuß nicht strikte einzuhalten.“<sup>68</sup> Dass die

<sup>62</sup> Der Spiegel vom 21.9.1987: „Fast Hochverrat“, S. 149f., hier S. 149.

<sup>63</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 6.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>65</sup> Erwin Lanc (Jahrgang 1930) war von 1973 bis 1977 Bundesminister für Verkehr, von 1977 bis 1983 Bundesminister für Inneres und danach bis 1984 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

<sup>66</sup> Dr. Felix Ermacora war Nationalratsabgeordneter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) von 1971 bis 1990.

<sup>67</sup> Interview mit BM a.D. Erwin Lanc, 3. 6. 2011.

<sup>68</sup> Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS 415/84, Bl. 179, Information der

Schlussfolgerungen des MfS ins Schwarze trafen, zeigt sich schon daran, dass viele Exportanträge ungeachtet der komplexen Gesetzeslage bewilligt wurden: Zwischen 1978 und 1982 gab es in 873 Fällen grünes Licht, nur in 28 Fällen legte sich das Bundeskanzleramt quer, das Außenministerium in 25 Fällen und das Innenministerium in lediglich vier Fällen<sup>69</sup>. Hier wird erneut die Dominanz arbeitsmarktpolitischer Erwägungen deutlich. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss stellte später fest, „dass bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten nicht nur rechtliche, sondern oft auch riskante wirtschaftliche Erwägungen unter dem Titel der Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund standen. Es erscheint daher durchaus denkbar, dass dieser Umstand – bewusst oder unbewusst – die Bereitschaft zu genaueren Kontrollen und einer eingehenderen Prüfung von Kriegsmaterialexporten gemildert hat.“<sup>70</sup> Im Endeffekt stand die österreichische Waffenproduktion spätestens in den 1980er Jahren vor der Grundsatzentscheidung, wie die *Wochenpresse* ausführte: Den Waffenhandel zu liberalisieren „und damit auch an Diktatoren, kriegsführende Länder und Terroristen zu liefern oder die Waffenproduktion weitgehend einzustellen“<sup>71</sup>. Letztlich verblieb man beim status quo und prolongierte damit den Konflikt zwischen restriktiven Bestimmungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, der schließlich in den Noricum-Skandal mündete.

#### 4. Waffenexporte vor dem Noricum-Skandal

Da der Markt in Europa Ende der 1970er Jahre im Wesentlichen gesättigt war, blieb die „Dritte Welt“ als der wichtigste Handelspartner für die österreichische Waffenindustrie. Nach Schätzungen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm gingen Ende der 1970er Jahre rund 85 Prozent aller österreichischen Waffenausfuhren in Entwicklungsländer. Schweres Kriegsmaterial im Wert von über 400 Millionen US-Dollar (5,4 Milliarden Schilling) machte mehr als ein Prozent aller Exporte aus<sup>72</sup>. Schon im April 1976 schickte die Patronenfabrik Hirtenberger AG zehn Millionen Zündhütchen nach Chile, wo sich drei Jahre zuvor die Junta von Augusto Pinochet an die Macht geputscht hatte. „An Chile hat unser Unternehmen schon 1970 erstmals Munition geliefert“, erklärte Generaldirektor Herbert Hadwinger – „die leben doch dort schon seit 150 Jahren in einer permanenten Krise. Wenn wir nicht liefern, tun's andere.“<sup>73</sup> Nachträglich als „Neutralitätsbruch“ eingestuft wurde ein Verkauf von 600 Steyr-Mannlicher-Scharfschützengewehren (SSG) sowie 399.600 Schuss Munition nach Syrien. Die Lieferung wurde zunächst vom Zoll aufgehalten. Nachdem aber vom Verteidigungsministerium keine entsprechende Weisung erging, verließen die 555 Kisten

---

Sicherheitsorgane der VRB über den Verkauf von österreichischen Waffen, 1982.

<sup>69</sup> Vgl. Alfred Worm, „Nutzt's nix, schadt's nix!“, in: profil vom 16. 8. 1982, S. 14 f., hier S. 14.

<sup>70</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 9.

<sup>71</sup> Wochenpresse, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18 f., hier S. 19.

<sup>72</sup> Vgl. Austria Presse Agentur vom 15. 8. 1989: „Steigende Waffenexporte in die Dritte Welt“.

<sup>73</sup> Otmar Lahodynky, Panzer als Entwicklungshilfe, in: profil vom 4. 8. 1980, S. 31–37, hier S. 34.

am 17. Dezember 1976 Österreich Richtung Jugoslawien, nur um Ende März 1977 wieder zurückgeschickt zu werden. Als offizieller Absender firmierte der Waffen-händler Alois Weichselbaumer, der die Munition aus Beständen des Bundes-heeres erhalten hatte<sup>74</sup>. Die Causa führte am 31. Mai 1977 zum Rücktritt von Ver-teidigungsminister Karl Lütgendorf<sup>75</sup>. Sein Ministerium hatte in folgender Weise bei der „Ausfuhr von Waffen und Munition in ein Krisengebiet“ mitgewirkt: „a) Es hat einer österreichischen Firma Exporthilfe dadurch gegeben, dass es den für den Export erforderlichen Vormerkschein ausstellte. Damit ersparte sich die Firma die Einholung der Ausfuhrbewilligung des BMI [Bundesministerium für In-neres] (im Einvernehmen mit dem BMfAA [Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten]). b) Es hat die Munition aus seinen Beständen für den Export ‚leihweise‘ bereitgestellt. Die von der Firma Hirtenberger Patronenfabrik herge-stellte Munition wird dem BMfLV [Bundesministerium für Landesverteidigung] von der Firma Steyr-Daimler-Puch ersetzt bzw. rückerstattet.“<sup>76</sup> In der Ministerrat-sitzung, in der die Demission Lütgendorfs besprochen wurde, meinte Kreisky, „dass halbe Wahrheiten viel schwerer zu vertreten sind als ganze Wahrheiten, und dass es Kleinigkeiten sind, die in der Politik eine große Rolle spielen können. Wie bei Lütgendorf z. B. dieses Munitionserignis“<sup>77</sup>.

Weitere geplante Syriengeschäfte, die Weichselbaumer vermittelte hatte und ge-gen die „keine neutralitätsrechtlichen Bedenken“ vorlagen, standen nach der An-zeige des Waffen-händlers durch das Verteidigungsministerium am 17. Januar 1977<sup>78</sup> kurzfristig auf der Kippe – so der Verkauf von 1.500 „Pinzgauer“-Militär-geländefahrzeugen in einer Auftragssumme von etwa 4,5 Milliarden Schilling<sup>79</sup>. „Der Versuch der Steyr Werke, Weichselbaumer auszuzahlen, d. h. für diese Tätig-

<sup>74</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung österrei-chischer Waffenexporte ins Ausland und insbesondere aller Umstände des Exportes von 600 Gewehren der Firma Steyr-Daimler-Puch sowie von 399 600 Stück Munition, 538 der Beila-gen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP, S. 32–37.

<sup>75</sup> Karl Lütgendorf (1914–1981) war gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, vom 1. bis 20.2.1945, als Major im Generalstab der Abteilung „Fremde Heere Ost“ des späteren Chefs des Bundesnachrichtendiensts, Reinhard Gehlen, zugeteilt; vgl. Walter Blasi, Die Anfänge des militärischen Nachrichtendienstes in Österreich, in: Ders., u. a. (Hrsg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Geheimdienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien 2005, S. 123–138, hier S. 132. Zwischen 1971 und 1977 war Lütgendorf Bundesminister für Landesvertei-digung. Er beging am 9. 10. 1981 Selbstmord. Der Bericht der Sicherheitsdirektion Nieder-österreich vermerkt, dass hinsichtlich der Vermögensverhältnisse „und auch betr. eines Motivs für den Selbstmord“ keine Erhebungen durchgeführt wurden, „da es sich einwand-frei um einen Selbstmord handelt“, in: StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 13, Selbstmord des Karl Lütgendorf, GZ P 4200/81-SK/II-1.

<sup>76</sup> Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖStA/AdR), Bundesministe-rium für Auswärtige Angelegenheiten, Verkäufe österreichischer Waffen nach Syrien, Ge-schäftszahl 194. 05. 80/8-II.1/76, Mitwirkung des BMfLV, 15. 12. 1976.

<sup>77</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 31. 5. 1977.

<sup>78</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung österreiche-scher Waffenexporte ins Ausland, S. 42.

<sup>79</sup> ÖStA/AdR, Pol. Syrien, Zl. 7 – Res/76, Österreichische Botschaft Damaskus an Bundesminis-terium für Auswärtige Angelegenheiten, 3. 5. 1976.

keit abzulösen, ist daran gescheitert, dass dieser ganz entschieden ablehnt“, notierte Minister Staribacher, der dem Steyr-Daimler-Puch-Generaldirektor eine diesbezügliche Aussprache mit Kreisky empfahl. „Malzacher wollte, dass die Regierung zur Kenntnis nimmt, dass er weiterhin Weichselbaumer einschalten muss und ihn deshalb deckt“, so Staribacher. Der Bundeskanzler wollte dem Firmenchef „weder etwas raten noch irgendetwas sagen“: „Geht nämlich das Geschäft schief, weil Weichselbaumer ausgeschaltet ist, dann wird man ihm die Verantwortung zuschieben. Geht das Geschäft aber gut und Weichselbaumer ist dabei, wird die ÖVP<sup>80</sup> ihn angreifen, dass er diesbezügliche Empfehlungen gegeben hat.“<sup>81</sup> Kreisky betonte aber auch die „Wichtigkeit eines solchen Auftrags für die Auslastung der Steyr-Werke“ und machte schließlich den Vorschlag, die Angelegenheit dem Außenpolitischen Rat des Parlaments vorzulegen – ein Vorschlag, der „allseits“ angenommen wurde<sup>82</sup>. Staribacher führte Malzacher daraufhin zwecks Vermittlung „sofort“ zu Rudolf Sallinger, dem Obmann des Österreichischen Wirtschaftsbunds, einer Teilorganisation der ÖVP<sup>83</sup>. Offenbar kam es auf diesem Wege zu einer Einigung, denn am 2. Februar 1977 bewilligte der Außenpolitische Rat mit den Stimmen aller drei im Parlament vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP und FPÖ) den „Pinzgauer“-Export<sup>84</sup>.

Weniger problematisch verlief 1976/77 ein Geschäft über 45 „Kürassier“-Panzer für 811 Millionen Schilling mit Tunesien<sup>85</sup>. Bis 1980 wurden außerdem 52.000 Sturmgewehre vom Typ Steyr AUG dorthin geliefert<sup>86</sup>.

Als im Juni 1977 Kenneth Kaunda, der seit 1964 amtierende erste Präsident von Sambia, Österreich besuchte, erzählte er Kreisky unter vier Augen, dass ein „Überfall“ auf seinen Staat erwartet würde. Wie der eingeweihte Staribacher festhielt, wollte Kaunda in aller Eile über den Kauf österreichischer Panzer, Minen, Waffen und Munition verhandeln: „Da sie kein Geld haben, möchte Kreisky, dass z. B. Steyr-Daimler-Puch Waffenlieferungen wie Panzer und sonstiges zu Selbstkosten, d.h. ohne Gewinn gibt.“ Konkrete Verhandlungen wollte man aber erst beginnen, nachdem Kaunda Gelegenheit hatte, sich von den Waffen in der „Praxis“ zu überzeugen. Staribacher verständigte Verteidigungsminister Otto Rösch<sup>87</sup> (SPÖ) „sofort“, „dass am Montag eine Demonstration in der Heereskraftfahrschule Baden erfolgen soll“. Als Rösch „mit Recht“ einwandte, dass wenig Zeit zur Vor-

---

<sup>80</sup> Die konservative Österreichische Volkspartei befand sich zwischen 1970 und 1987 in der Opposition.

<sup>81</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26.1.1977.

<sup>82</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 8, Aktenvermerk, 1.2.1977.

<sup>83</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26.1.1977.

<sup>84</sup> Vgl. Der Spiegel vom 14.2.1977: „Sturffighter Lü“, S. 115f., hier S. 116.

<sup>85</sup> Vgl. Pilz, Die Panzermacher, S. 142.

<sup>86</sup> Vgl. Waffenexporte und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4, hrsg. vom Stockholm International Peace Research Institute (SPRI), Reinbek bei Hamburg 1984, S. 222.

<sup>87</sup> Otto Rösch (1917–1995) war zwischen 1970–1977 Bundesminister für Inneres und 1977–1983 Bundesminister für Landesverteidigung.

bereitung gegeben sei, waren Kreisky und Außenminister Willibald Pahr<sup>88</sup> der Meinung, „das Militär müsste sowieso scheinbar in ständiger Alarmbereitschaft sein und [es] könnte überhaupt kein Problem darstellen, eine solche Veranstaltung zu organisieren“<sup>89</sup>.

1978 erhielt Steyr-Daimler-Puch die Exportgenehmigung für 108 „Kürassier“, zehn Greif-Panzer, drei „Kürassier“-Schulungspanzer samt Ersatzteilen und Munition nach Marokko. Dass König Hassan II. seit 1975 einen Wüstenkrieg gegen die Befreiungsbewegung der besetzten Westsahara, Polisario, führte, wurde bei der Erteilung der Ausfuhr genehmigung nicht berücksichtigt<sup>90</sup>. Der Auftragswert betrug 2,3 Milliarden Schilling. 10 Prozent wurden bar bezahlt, für den Rest nahm Marokko einen Zehn-Jahres-Kredit bei der Creditanstalt auf. Doch die Schuldenrückzahlung kam bald ins Stocken, und 1979 erbeuteten Kämpfer der Polisario vier „Kürassier“-Panzer, was zu einem peinlichen Medienecho führte<sup>91</sup>. Nach dem Besuch einer Polisario-Delegation in Wien stimmte Österreich im Herbst 1979 einer UN-Resolution über die Unabhängigkeit der West-Sahara zu. Im Dezember desselben Jahres stoppte Kreisky jede weitere Militärhilfe an Marokko per Ministerratsbeschluss<sup>92</sup>. Als im Mai 1980 öffentlich wurde, dass dennoch 31 marokkanische Soldaten im Simmeringer Steyr-Panzerwerk ausgebildet wurden, antwortete Kreisky den Unterzeichnern einer Protestresolution: „Ich kann Sie versichern – und das gilt für die gesamte Bundesregierung – dass ich über keines der österreichischen Waffenexportgeschäfte glücklich bin, diese jedoch im Interesse der Landesverteidigung und der Sicherheit für notwendig halte.“<sup>93</sup>

1979 kursierten Berichte, wonach China angeblich 300.000 Stück Steyr AUG kaufen wollte, doch ein sowjetisches Veto habe dies verhindert<sup>94</sup>. Im Interview bestätigt der damals für die Bewilligung zuständige Innenminister Lanc, dass es ein solches Geschäftsvorhaben tatsächlich gegeben hatte: „Generaldirektor Michael Malzacher hat mich mit einem Riesenauftag Chinas für Steyr-Sturmgewehre gequält. Er hat ganz offen damit gedroht, wenn er mir Dinge vorlegt, die nach dem Waffenexportgesetz zu bewilligen sind und ich diese nicht bewillige, dann [ver]klagt er die Republik. Da war ein ständiger Druck da, und Malzacher hatte die skurrilsten Ideen – so meldete er, dass ihm die chinesische Volksarmee eine Million Sturmgewehre abkaufen wolle. Da habe ich ihn gefragt, ob es beim ihm nicht richtig tickt – einen solchen Vorschlag zu machen, wo gerade eine Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion wegen der Grenzziehung am Ussuri stattgefunden hatte. Und in dieser Situation sollten wir einen solchen Ex-

<sup>88</sup> Dr. Willibald Pahr war parteiloser Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten von 1976 bis 1983.

<sup>89</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 18.6.1977.

<sup>90</sup> Vgl. Lahodynky, Panzer als Entwicklungshilfe, S. 37.

<sup>91</sup> Vgl. Otmar Lahodynky, Die Panzerfalle, in: profil vom 19.5.1980, S. 48f.

<sup>92</sup> Vgl. Otmar Lahodynky, Kriegerische Entwicklungshilfe, in: profil vom 19.5.1980, S. 37f.

<sup>93</sup> Lahodynky, Panzer als Entwicklungshilfe, S. 37.

<sup>94</sup> Vgl. Alfred Worm, Heikle Waffengeschäfte, in: profil vom 3.12.1979, S. 63f.

port bewilligen? Wie würden die Russen darauf reagieren? Das war eine Dummheit.<sup>95</sup>

Einen Schatten auf die österreichischen Exporte nach Lateinamerika warf die Tatsache, dass ausgerechnet der nach Bolivien geflohene NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie eine Bestellung von 30 „Kürassier“-Panzern für die bolivianische Armee eingefädelt hatte<sup>96</sup>. Barbie, der im Februar 1979 die Vertretung von Steyr-Daimler-Puch in Bolivien übernommen hatte, kassierte eine monatliche Aufwandspauschale von 800 US-Dollar. Die Ausrüstung mit diesem damals „hochmodernen Panzertyp“ soll insgesamt 1,477 Millionen US-Dollar gekostet haben – Barbie erhielt eine Provision „zwischen 1–3%“<sup>97</sup>. 17 ausgelieferte Panzer kamen im Rahmen des sogenannten Kokain-Putschs von Oberst Luis Garcia Meza im Juni 1980 zum Einsatz, um den letzten Widerstand der Bergarbeiter in Oruro, La Paz und Santa Cruz niederzuschlagen. Noch bevor die zweite „Kürassier“-Tranche unterwegs war, wurde die Exportgenehmigung zurückgezogen<sup>98</sup>. Dafür bildete die Firma Hirtenberger seit August 1980 21 bolivianische Armeetechniker in der Munitionserzeugung aus. „Das is so a Art Entwicklungshilfe“, erklärte der Hirtenberger-Generaldirektor Hadwinger<sup>99</sup>. Im August 1986 sollten erneut drei „Kürassiere“ zum Einsatz kommen, um eine Demonstration streikender Minenarbeiter in La Paz niederzuschlagen<sup>100</sup>.

1978, auf dem Höhepunkt eines Grenzkonflikts zwischen Chile und Argentinien, lieferte Steyr-Daimler-Puch für 800 Millionen Schilling 57 „Kürassier“-Panzer nach Argentinien. Nach den Aufzeichnungen von Josef Staribacher, informierte Kreisky in einer Ministerratsvorbesprechung, dass „vom Völkerrechtsstandpunkt“ dagegen nichts einzuwenden wäre, „da sich Argentinien nicht im Krieg befindet“. Andere Staaten wie die Schweiz und Schweden würden davor zurückschrecken, die Junta zu beliefern, erwähnte Kreisky. Auch die USA hätten ein Embargo gegen argentinische Waffenlieferungen verhängt: „Österreich wird deshalb sowohl von der Welt, aber noch viel mehr innerösterreichisch ungeheure Proteste auslösen. Trotzdem möchte Kreisky eher liefern, um den Vorwurf, man hat für die Beschäftigten in Steyr nicht vorgesorgt, zu entgehen.“<sup>101</sup> Als Chile daraufhin 1979 ebenfalls Panzer beziehen wollte, untersagte Kreisky zunächst die Exportförderung und die übliche Ausfallhaftung durch die Kontrollbank. Steyr-Daimler-Puch Generaldirektor Michael Malzacher ließ daraufhin mit Rückendeckung durch Finanzminister Hannes Androsch und ÖGB-Chef Benya eine andere Finanzierung ausarbeiten<sup>102</sup>. Kreisky signalisierte Zustimmung – unter der Bedingung einer schriftlichen Garantie, dass „diese Geräte nicht für Auseinandersetzungen im

<sup>95</sup> Interview Lanc, 11.2.2011.

<sup>96</sup> Vgl. Otmar Lahodynky, Die Andenfestung, in: profil vom 3.6.1986, S. 44–48, hier S. 44f.

<sup>97</sup> Peter Hammerschmidt, Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt a. M. 2014, S. 336.

<sup>98</sup> Vgl. Lahodynky/Ortner, Rüsten oder rosten, S. 34.

<sup>99</sup> Pilz, Die Panzermacher, S. 123f.

<sup>100</sup> Vgl. Wochenpresse, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18f., hier S. 18.

<sup>101</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26.9.1978.

<sup>102</sup> Vgl. Otmar Lahodynky, Panzer auf Kredit, in: profil vom 18.8.1980, S. 20ff., hier S. 22.

Inneren verwendet werden“<sup>103</sup>. Eine entsprechende Klausel wurde in den Vertrag eingefügt<sup>104</sup>.

Das geplante Chile-Geschäft spaltete die SPÖ: Anfang August 1980 demonstrierten Tausende vor dem Bundeskanzleramt, darunter eine Abordnung jener 600 chilenischer Flüchtlinge, die nach dem Sturz Salvador Allendes 1973 in Österreich Asyl gefunden hatten. ÖGB-Funktionäre wie Alfred Dallinger, Helmut Braun und Sepp Wille und vor allem die SPÖ-Jugendorganisationen wandten sich eindeutig gegen den Export. Der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft, Fritz Prechtl, kündigte sogar einen Transportboykott für Waffen nach Chile an<sup>105</sup>. Gewicht hatte auch die Reaktion der Vorsitzenden des Bunds sozialistischer Freiheitskämpfer, Rosa Jochmann: „Als sie erfuhr, dass wir Waffen in eine Militärdiktatur liefern, sagte sie: Der Himmel soll sich verfinstern, weil mit einer derartigen Tat die absoluten Grundsätze des Sozialismus und der Solidarität gebrochen werden.“<sup>106</sup> Auf der anderen Seite drückte der Steyr-Daimler-Puch-Vorstand in einem persönlichen Schreiben an Kreisky vom 19. August 1980 seine Besorgnis über die ausstehende Bewilligung aus, „weil wir damit nicht nur die Sorge um die dabei direkt beschäftigten Mitarbeiter verbinden. Dies wären einige tausend Menschen. Vielmehr geht es um die Existenzfrage des Steyr-Daimler-Puch-Konzernes, die eben nur dann befriedigend beantwortet werden kann, wenn der vor einigen Jahren eingeleitete Umstrukturierungsprozess erfolgreich fortgeführt werden kann. Und das ist ohne Militärprogramm, allein mit den Ergebnissen der traditionellen Produkte, undenkbar.“ Der Vorstand betonte, es liege ihm fern, die Frage von Waffenexporten nach Chile „von ihrem politischen Stellenwert zu diskutieren“: „Vielmehr sind wir mit unserem Bericht bemüht, unserer übergroßen Sorge um unser Unternehmen Ausdruck zu verleihen. [...] Wir bitten Sie, uns die beantragte Exportgenehmigung zu erteilen.“<sup>107</sup>

Zudem sprach der chilenische Botschafter im Außenamt vor und versicherte nochmals, dass die bei der Firma Steyr bestellten 106 Panzer, 124 Maschinenpistolen und 360 Pistolen „nur für den Gebrauch des chilenischen Heeres und ausschließlich für die Verteidigung des nationalen Territoriums der Republik Chile bestimmt seien“. Der Botschafter anerkannte „den moralischen Aspekt österreichischer Waffenlieferungen an Diktaturen, die eine österreichische Angelegenheit seien“, konnte aber nicht akzeptieren, „dass Chile als ein Sonderfall dargestellt werde, wo Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Bevölkerung in zahlreichen Staaten und vor allem auch durch die Sowjetunion erfolgten“<sup>108</sup>. Auch Benya plädierte Kreisky gegenüber für einen positiven Ab-

<sup>103</sup> „Kreisksys Chile-Sprüche“, in: profil vom 4.8.1980, S. 37.

<sup>104</sup> Vgl. Lahodinsky, Flucht ins Ausland, hier S. 39f.

<sup>105</sup> Vgl. Lahodinsky, Panzer auf Kredit, S. 20 ff.

<sup>106</sup> Auszug aus dem Protokoll des Nationalrats XV. GP – 123. Sitzung – 1. Juli 1982, in: Brandstetter/Loibl, Neutralität und Waffenexporte, S. 110–131, hier S. 121.

<sup>107</sup> StBKA, VII.1 Länderboxen, Chile Box 2, Schreiben Vorstand Steyr-Daimler-Puch an BK Kreisky, 19.8.1980.

<sup>108</sup> Ebenda, Chile Box 2, Vorsprache des chilenischen Botschafters beim Herrn Generalsekretär (Überreichung einer Endverbraucherbescheinigung der chilenischen Regierung),

schluss: Als exportorientiertes Land dürfe Österreich, „in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, die bevorsteht, nicht zugunsten anderer Nationen, die bereit sind, jederzeit und überall hin Waffen zu exportieren, zurückstehen“. Sicher gebe es auch innerhalb des ÖGB „viele, die Bedenken haben, die haben ja wir beide auch, doch muss man darüber hinaus überlegen, wie es in der Metallindustrie in Österreich weitergehen soll, wenn man an einer – so hoffe ich im Interesse des Friedens – nur vorübergehenden Rüstungskonjunktur nicht auf einige Zeit einen gewissen Anteil nimmt“<sup>109</sup>.

Am 20. August 1980 informierte Kreisky den Ministerrat. Nach den Tagebuchaufzeichnungen von Staribacher stellte der Bundeskanzler klar: „Die Lieferung der Panzer bedeutet ein Geschäft sehr großen Ausmaßes, das, wenn es nicht zu stande kommt, für die Steyrer-Werke ungeheure Konsequenzen nach sich ziehen würde – und zwar nicht nur was die Erhaltung der Arbeitsplätze betrifft. Die materielle Bedeutung ist auch darin zu sehen, dass das Ausbleiben von Gewinnen andere Kooperationen z.B. mit Mercedes ernstlich gefährden würde.“ Von der Rechtslage her spreche laut Auskunft des Verfassungsdiensts<sup>110</sup> nichts gegen die Lieferung, allenfalls „politische Gründe“. Kreisky warnte auch davor, dass die Steyr-Daimler-Puch AG im Falle einer negativen Entscheidung „enorme Schadenersatzforderungen“ geltend machen dürfte. Gegen das Chile-Geschäft spreche der Umstand, „daß in Chile Leute am Ruder sind, die nach einer zeitweiligen Milderung der Diktatur erneut eine verschärzte Gangart eingeschlagen hätten“. Erklärungen, die Panzer nicht intern einzusetzen, können demnach „nicht ernst genommen werden“. Was die innerparteiliche Opposition gegen das Geschäft anging, so äußerte Kreisky die Vermutung, „dass der Protest, hätte man Lieferungen in kommunistische Länder vorgehabt, nicht so heftig ausgefallen wäre“. Allerdings würde bei einem Zustandekommen des Geschäfts der „internationale Widerhall“ für Österreich „negativ“ sein. Liefere Österreich nicht, würden Länder wie Israel, Japan und Frankreich „sofort“ einspringen. Deshalb sei die Entscheidung in diesem speziellen Fall „folgenschwer“. Anschließend forderte Kreisky die versammelten Minister auf, sich zur Thematik zu äußern. Verteidigungsminister Rösch sprach „ein deutliches Ja zu den Lieferungen aus“, weil er auch das österreichische Bundesheer betroffen sah. „Als Gewerkschafter“ bekundete Bautenminister Karl Sekanina (SPÖ) ebenso Zustimmung, wenngleich „die allgemeine Stimmung“ derzeit „eher Nein als Ja“ sei. Innenminister Lanc dagegen betonte politische Argumente: „Sozialistische Vertrauensleute fragen rund heraus: Was ist in uns gefahren?“ Kreisky unterbrach ihn an dieser Stelle mit der Bemerkung, „es gäbe eben verschiedene Einstellungen auch in der Arbeiterschaft“. Zu einem „klaren Nein“ bekannte sich Justizminister Christian Broda: „Er sieht in der chilenischen Unterdrückung Parallelen zu den ungarischen Ereignissen in den 50er

---

11.8.1980.

<sup>109</sup> Ebenda, Chile Box 2, Anton Benya an BK Kreisky, 18.8.1980.

<sup>110</sup> Dem Verfassungsdienst, einer Sektion des Bundeskanzleramts, obliegt die Vorbereitung von Gesetzen in Bereichen wie dem Bundesverfassungsrecht und dem Verwaltungsverfahrensrecht.

Jahren.“ Auch Staatssekretärin Anneliese Albrecht machte klar, dass es ihr „unmöglich“ sei, einem Geschäft zuzustimmen, „das darin besteht, einer menschenrechtsverletzenden Diktatur Waffen zu liefern“. Wissenschaftsministerin Herta Firnberg meldete sich ebenfalls „engagiert“ zu Wort und erklärte sich „außer Stande, dem Geschäft zuzustimmen“<sup>111</sup>.

Auch bei einer Sondersitzung am folgenden Tag waren die Gegensätze laut Staribacher „unüberbrückbar“. Kreisky stellte fest, dass die für die Genehmigung zuständigen Bundesminister über die Panzertransporte entscheiden müssten; „diese kann man auch zu nichts zwingen“. Und „da Innenminister Lanc, welcher den Bescheid ausstellen müsste, eine solche Exportzustimmung nicht gibt, kann das Geschäft nicht zustande kommen“. Zwar hätten Außenminister Pahr und Verteidigungsminister Rösch keine Bedenken gehabt, aber der Innenminister habe die Möglichkeit, andere gleichwichtige Gründe zur Ablehnung heranzuziehen<sup>112</sup>. Lanc, dem bei der Bewilligung eine Schlüsselrolle zukam, hatte sich quergelegt: „Ich habe auf Basis des Kriegsmaterialexportgesetzes zu erkennen gegeben, dass ein solcher Export nicht bewilligt werden kann – weil es nicht auszuschließen war, dass die Panzer zur Unterdrückung der demokratischen Opposition und sonstigen Menschenrechte eingesetzt würden. So eindeutig wie das in diesem Fall war, kam das für mich nicht in Frage. Anton Benya hat das anders gesehen. Für ihn waren die Arbeitsplätze, die durch Erzeugung dieser ‚Kettenfahrzeuge‘, wie Kreisky immer gesagt hat, in Steyr oder in Simmering gesichert wurden, wichtiger. Die Steyr-Werke wiederum brachten wirtschaftliche Schwierigkeiten und die damit verbundenen Exporteinbrüche ins Spiel. Außenminister Pahr hat argumentiert, dass man aus völkerrechtlicher Sicht, nach Argentinien nun auch Chile beliefern müsse. Aber es gab zwischen den beiden Ländern damals keinen virulenten Konflikt, während die Panzer in Argentinien bereits ‚intern‘ eingesetzt worden waren. Ich habe deutlich gemacht, dass ich das beschlossene Gesetz vollziehe, und wem das nicht gefällt, meine Funktion steht zur Verfügung! Da war mit der Diskussion dann Schluss. Benya hat danach für ein Jahr kaum mit mir geredet, aber das hat sich dann geklärt.“<sup>113</sup> Seitens der Waffenproduzenten wurde die Entscheidung mit Sorge aufgenommen – so befürchtete der VOEST-Alpine-Vorstand „nachhaltige negative Auswirkungen auf alle zukünftigen Geschäftsabschlüsse mit ausländischen Militärs über wehrtechnische Produkte“. Im Rahmen einer Vorsprache bei Kreisky war laut Aktenvermerk folgendes zu „bemerken“: „Österreich wird als Waffenlieferant als unzuverlässig und unsicher abqualifiziert werden (wofür schon die Konkurrenz sorgen wird), nachdem gerade der Hinweis auf Neutralität und Stabilität bisher eines unserer stärksten Argumente im Wettbewerb gewesen ist. Erschwerend kommt noch dazu, daß die ganze Angelegenheit in der Öffentlichkeit ausgetragen und der Kunde diffamiert wurde, wo es sich doch bei Waffengeschäften um diskrete Geschäfte handeln sollte!“<sup>114</sup>

<sup>111</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 20.8.1980.

<sup>112</sup> Ebenda, Eintrag vom 21.8.1980.

<sup>113</sup> Interview Lanc, 3.6.2011.

<sup>114</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, S. 583 f., Aktenvermerk, 25.8.1980.

Nichts verdeutlicht die Widersprüchlichkeit der österreichischen Linie mehr, als dass 1981 ein weiterer Waffendeal der Steyr-Daimler-Puch AG nach Lateinamerika genehmigt wurde<sup>115</sup>. 108 „Kürassier“-Panzer und 10.000 105-Millimeter-Grenaten wurden an Argentinien verkauft, wo seit 1976 nach einem Putsch ebenfalls eine Militärregierung herrschte und die linke Opposition in einem jahrelangen Bürgerkrieg zerschlagen wurde<sup>116</sup>. In das Land habe man „gerade noch“ liefern können, meinte Innenminister Lanc. Dorthin habe es bereits 1978/79 je eine Lieferung gegeben, und die argentinische Regierung habe bisher ihr Versprechen gehalten, die „Kürassiere“ nicht in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu verwenden<sup>117</sup>. Dagegen sprach Fritz Prechtl, in einem Fernseh-Interview von einer „tiefgreifenden moralischen und politischen Angelegenheit“<sup>118</sup>. In Bezug auf die Protestbewegung gegen die Waffenexporte, die sich über die SPÖ-Jugendorganisationen hinaus aus unterschiedlichsten Strömungen speiste – von linksgerichteten Studenten, der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Aktion Österreichs über Organisationen wie Amnesty International, der Internationalen Versöhnungsbund bis hin zur Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) – stellte Prechtl fest: „Das ist keine Bewegung der Jusos. [...] Unsere Regierung will Arbeitsplätze sichern, aber diesen Menschen sind moralische Werte halt wichtiger.“<sup>119</sup> Gewerkschaftsintern war Prechtls Linie jedoch umstritten – wie aus Staribachers Tagebuchaufzeichnungen hervorgeht: Als am 23. Juni 1981 Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter die Materie besprachen, habe der damalige SPÖ-Klubobmann und seit 2004 Bundespräsident Heinz Fischer bei der Fraktionssitzung im ÖGB erlebt, „wie einheitlich die Gewerkschaftsfaktion für diese Waffenexporte eintritt und das Verhalten Prechtl's[,] in die Öffentlichkeit zu gehen und hier große Drohungen auszustoßen[,] die er niemals durchsetzen kann, heftigst kritisiert wird“. Vizekanzler Fred Sinowatz habe dann festgestellt, „dass die Regierung zu dem Exportbeschluss einheitlich stehe“. Am Abend desselben Tages versuchten dann laut Staribacher „50 Studenten und sicherlich kath. und soz. Jugendliche[,] die Verladung der Panzer zu verhindern und das Gleis zu blockieren“ – damit war die „gefürchtete Konfrontation“ eingetreten, aber „Gott sei Dank glimpflich verlaufen“<sup>120</sup>. Der Journalist Christian Ortner schilderte diese Konfrontation vor den Steyr-Daimler-Puch-Werkstoren in Wien-Simmering folgendermaßen: „Rund 300 stramme Steyr-Arbeiter erledigen die Arbeit der Polizei und schlagen alles kurz und klein, was irgendwie pazifistisch aussieht. [...] Wenige Mi-

<sup>115</sup> Der deutsche Botschafter in Wien berichtete am 24.6.1981: „Bundeskanzler Kreisky hatte sich massiv für den Panzerexport eingesetzt und damit jeglichen Widerstand bereits im Keime erstickt“, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Bd. II: 1. Mai bis 30. September 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, S. 1448, Anm. 34.

<sup>116</sup> Vgl. Joachim Riedl/Josef Votzi, Panzer für Antisemiten?, in: profil vom 22.6.1981, S. 20f.

<sup>117</sup> Austria Presse Agentur vom 23.6.1981: „Waffenexport-Diskussion geht weiter“.

<sup>118</sup> Arbeiter-Zeitung vom 23.6.1981: „Prechtl zu Panzerexporten: ‚Tiefgreifend moralische Sache‘.“

<sup>119</sup> „Das ist keine Bewegung der Jusos“, in: profil vom 29.6.1981, S. 14f., hier S. 15.

<sup>120</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 23.6.1981.

nuten nach der Schlacht rollt der Zug mit rund 30 Panzern aus dem Werksgelände. Jubel und Erleichterung unter den Metallarbeitern: Die Panzer sind draußen, die langhaarigen Demonstrierer können sich auf der anderen Straßenseite bei der Rettung die Wunden verbinden lassen. Die Dividende ist gesichert.<sup>121</sup> Steyr-Daimler-Puch-Generaldirektor Malzacher wollte jedenfalls nicht neuerlich den „Buhmann“ abgeben: „Schau'n Sie, ich würde lieber Fahrräder oder Wälzlager verkaufen. Aber von der moralischen Seite her bewege ich mich im Rahmen der Gesetze. Und die letzte Verantwortung trägt immerhin die Regierung, die diese Exporte ja bewilligen muß.“<sup>122</sup> Bei Ausbruch des Falkland-Kriegs zwischen Argentinien und Großbritannien stoppte man 1982 die Lieferung der zweiten Serie von 28 Panzern für rund 850 Millionen Schilling – die Steyr-Daimler-Puch laut einem Informanten „wie einen Bissen Brot“ gebraucht hätte<sup>123</sup>. Im Rückblick betrachtet, war das Argentinien-Geschäft einer der letzten großen Panzerdeals: Bereits 1983 wurden bei Steyr-Daimler-Puch nur mehr 25 Panzer gefertigt, im Jahr darauf waren es zwei Stück. Statt 245 Monteuren (1980) waren 1985 nur mehr 50 im Simmeringer Werk im Einsatz. Dafür belasteten alleine die Zinsen für die Panzerproduktionskredite die jährliche Bilanz mit 300 Millionen Schilling. Kreisky kam nicht umsonst zum Schluss: „Der Export von Waffen ist das schlechteste Geschäft, das es gibt. Warum? Wenn nämlich diese Waffen verschlissen und gebraucht werden, dürfen wir sie nicht liefern. Und wenn sie nicht gebraucht werden, verrotten sie in irgendwelchen Magazinen.“<sup>124</sup>

Trotz dieser beträchtlichen Schwierigkeiten wurde am Waffenexport aus arbeitsmarktpolitischen Gründen festgehalten. Als am 30. April 1981 in der SPÖ-Zentrale die Kommission zur Antragsprüfung der Abänderungsanträge zum Wirtschaftsprogramm zusammentrat, sprach sich Kreisky „sehr eingehend und dezidiert“ für den Ausbau der Rüstungsindustrie aus, weil diese einen Aktivposten für die Betriebe darstelle: „Sowohl die Voest-Alpine in Liezen als auch Steyr-Daimler-Puch insbesondere für die Panzerfertigung gewinnt aus den Exporten die notwendigen finanziellen Mittel, um die anderen nicht kostendeckenden Produktionen damit zu subventionieren.“ Kreisky, hielt Staribacher fest, „verniedlicht z.B. jetzt die Kürassiere als Nichtangriffswaffe, die ja hauptsächlich dazu dient, Personen zu transportieren“. Darüber und über viele andere Punkte habe es „natürlich irrsinnig lange Diskussionen“ gegeben: Eine „junge Genossin“ aus der Sozialistischen Jugend wollte ihm „allen Ernstes“ einreden, die „Friedensproduktion“ von Steyr-Daimler-Puch-Rädern auszubauen „und auf die Rüstung [zu] verzichten“<sup>125</sup>. Ein anderes Mal – im Rahmen der Ministerratssitzung vom 4. Mai 1982 – reagierte Kreisky „sehr emotionell“ auf einen Vorschlag eines Partei-freundes, des Grazer Vizebürgermeisters Alfred Stingl. Den Notizen Staribachers

<sup>121</sup> Christian S. Ortner, Mir bringen euch um, in: profil vom 29.6.1981, S. 12f., hier S. 13.

<sup>122</sup> Arbeiter-Zeitung vom 23.6.1981: „Prechtl zu Panzerexporten: ‚Tiefgreifend moralische Sache‘.“

<sup>123</sup> Erhard Stackl, Panzer auf Bestellung, in: profil vom 30.8.1982, S. 12f., hier S. 12.

<sup>124</sup> Otmar Lahodynky/Hubertus Czernin, Rosten statt Rüsten, in: profil vom 17.6.1985, S. 26.

<sup>125</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 30.4.1981.

zufolge hatte dieser die Einsetzung einer Kommission im Parteivorstand für ein „Umrüstungskonzept der verstaatlichten[,] aber auch teilweise privaten Industrie“ gefordert. Kreisky erwähnte als Gegenargument die Entscheidung der VOEST-Alpine, in Liezen Kanonen zu erzeugen, um die Gießerei „in einer ungeheuren schwierigen Situation“ zu erhalten – genauso habe Steyr-Daimler-Puch die Panzerproduktion („Kreisky spricht immer nur von Kettenfahrzeugen“) deshalb aufgenommen und weiter ausgebaut, „weil es für sie der ertragreichste Zweig ist“. Daher sei er „strikte gegen diese Konzeption eines Umrüstungskonzepts“ und lehne die sich daraus ergebende „riesige Diskussion in sozialistischen Parteigremien“ ab. Auf der anderen Seite setzte sich der Bundeskanzler für die Verschärfung des Waffenexportgesetzes ein, um Staaten, die die Menschenrechtskonvention verletzten, auszuschließen<sup>126</sup>.

## 5. Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik

Als kleines Industrieland war Österreich überproportional vom Außenhandel abhängig. Deshalb war die Politik auch stetig bemüht, sich nach Absatzmärkten umzusehen, wobei der Nahe Osten besonders interessant war. Dorthin hatte Bundeskanzler Kreisky im Zuge seiner „aktiven Neutralitätspolitik“ gute Kontakte geknüpft – um zur Entspannung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern beizutragen und damit auch das Terrorrisiko für Österreich zu mindern<sup>127</sup>. Darüber hinaus bot diese Politik die Möglichkeit, wirtschaftlich zu profitieren. Noricum-Geschäftsführer Peter Unterweger sagte vor Gericht aus, dass Kreisky die Industrie über Generaldirektor Apfalter „immer wieder ermuntert“ habe, in Libyen und den arabischen Golfstaaten Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen: „Sein eigener Bekanntheitsgrad, und das muß man ja bedenken, war im arabischen Raum einfach derartig gigantisch; dort war, ich will es nicht übertreiben, Kreisky ein Haushaltswort; dort kannte man den Bundeskanzler einfach überall und er war ein absoluter Wegbereiter für alle Exportgeschäfte der österreichischen Industrie dort hin.“<sup>128</sup> Darunter fiel natürlich auch der Waffenhandel, und hier ergaben sich problematische Zwangslagen, die nicht nur aus der Gesetzeslage resultierten. So berichtete Herbert Grubmayr, ehemaliger Botschafter im Irak, im „Managerprozess“ Anfang der 1990er Jahre über entsprechende Bemühungen österreichischer Firmen, Ende der 1970er Jahre bei Großprojekten zum Aufbau der irakischen Infrastruktur berücksichtigt zu werden. Einmal, bei einem größeren

<sup>126</sup> Ebenda, Eintrag vom 4.5.1982.

<sup>127</sup> Österreich fungierte als Transitland für die jüdische Emigration aus Osteuropa nach Israel, wovon ein beträchtliches Risiko ausging, wie die Geiselnahme von Marchegg 1973 zeigte; vgl. dazu Thomas Riegler, Das „Spinnennetz“ des internationalen Terrorismus. Der „Schwarze September“ und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau 1973, in: VfZ 60 (2012), S. 579–601, hier S. 600. 1986 betonte Kreisky, dass eben wegen seiner Nahostpolitik Hunderttausende Juden nach Israel ausgewandert seien, „ohne dass jeden Monat in Schwechat [Flughafen Wien] eine Bombe explodiert ist“. Hans Rauscher, Bruno Kreisky, 75, verteidigt sein problematisches Erbe, in: Kurier vom 22.1.1986.

<sup>128</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 182, S. 853f., Protokoll der Hauptverhandlung.

ren Mittagessen in der Botschaft, kam ein Bediensteter und sagte: „Herr Kreisky ist am Telefon“. Grubmayr glaubte zunächst an einen „Scherz“: „Es war wirklich der Bundeskanzler und er hat mir gesagt: ‚Schauen Sie, hier vor mir steht eine Menge Generaldirektoren der österreichischen Industrie, die sagen mir, daß im Irak nichts weitergeht, daß es große Schwierigkeiten mit den Projekten gibt. Was können Sie mir raten, daß wir hier einen Dammbruch machen?‘“ Grubmayr wollte am Telefon „nicht so explizit sein“. Erst als kurze Zeit später Staatssekretär Adolf Nussbaumer die Botschaft besuchte, sagte er: „Wenn Sie sicher sein wollen, einen Zivilauftrag dieser Größe zu bekommen, müssen Sie Waffen liefern.“<sup>129</sup>

Ein besonderes Vertrauensverhältnis verband Kreisky mit dem libyschen Oberst Muammar al-Gaddafi, der damals als der „Schutzpatron“ des internationalen Terrorismus galt. Schon 1976 hatte Gaddafis Stellvertreter Abdel Salam Jalloud im Rahmen einer offiziellen Visite die Weichen für eine Kooperation gestellt, die 1981 im Auftrag an die VOEST-Alpine zum Bau des Stahlwerks Misurata, des damals größten Schwerindustriekomplexes in Afrika, gipfelte<sup>130</sup>. 1982 führte Gaddafis erste Visite in ein westliches Land nach Österreich. Den dreitägigen Staatsbesuch hatte VOEST-Alpine-Generaldirektor Apfalter eingefädelt<sup>131</sup>. In den Medien wurde über den erfolgreichen Abschluss eines Waffengeschäfts spekuliert<sup>132</sup>, was auch in den Unterlagen des MfS Niederschlag fand: „Ungeachtet dessen, dass die Regierung Österreich diese Meldungen offiziell zurückwies, verfügen wir über Informationen, die darauf hinweisen, dass während des Besuchs von Gaddafi eine Übereinkunft über den Verkauf von 200 österreichischen Panzern ‚Kürassier‘ getroffen wurde.“<sup>133</sup> Es gibt keinen Beleg dafür, dass das Geschäft in dieser Form zustande kam. Dafür besuchte 1984 der nunmehrige Alt-Bundeskanzler Kreisky für drei Tage Tripolis, um bei Gaddafi für Wirtschaftsinteressen zu werben: Steyr-Daimler-Puch wollte Libyen LKW, Traktoren und Panzer mit einem Auftragswert zwischen zwei und drei Milliarden Schilling verkaufen. „Ich habe von mir aus nie aktiv Waffengeschäfte entriert“, stellte Kreisky dazu klar und fügte hinzu: „Ich will aber nicht bestreiten, dass ich ersucht wurde, meine freundlichen Dienste einzusetzen.“<sup>134</sup> Am 20. November 1984 wurde dann der größte Rüstungsdeal in der Geschichte der VOEST-Alpine mit Libyen vereinbart. Für ge-

<sup>129</sup> Ebenda, Bd. 200, S. 7108f., Protokoll der Hauptverhandlung, 12. 10. 1990.

<sup>130</sup> Austria Presseagentur vom 6. 2. 1981: „Libysche Stahlwerksaufträge für VOEST und deutsche Anlagenbauer?“.

<sup>131</sup> Ende Januar 1982 wandte sich Kreisky brieflich an Gaddafi: „Generaldirektor Apfalter hat mir über sein interessantes Gespräch mit Ihnen ausführlich berichtet. Auch ich bin davon überzeugt, daß nun ein direkter Kontakt zwischen uns die beste Gelegenheit böte, alle Aspekte einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Libyens mit Österreich sowie die Lage im Nahen Osten überhaupt ausführlich zu erörtern. In diesem Sinne möchte ich Sie daher bitten, eine Einladung zu einem Besuch in Österreich annehmen zu wollen“, in: StBKA, VII.1 Länderboxen, Libyen, Box 2.

<sup>132</sup> Kurier vom 10. 3. 1982: „Gespräche auch über Steyr-Panzer? Unsere Wirtschaft erhofft sich Milliardenaufträge von Gaddafi“.

<sup>133</sup> BStU, MfS 415/84, Information der Sicherheitsorgane der VRB über den Verkauf von österreichischen Waffen, 1982.

<sup>134</sup> Josef Votzi, Panzer für Gaddafi, in: profil vom 2. 1. 1984, S. 10f.

schätzte zehn Milliarden Schilling kaufte die libysche Regierung 200 GHN-45-Habuzten und mehr als eine Million Granaten<sup>135</sup>. Die Auslieferung der Kanonen wurde jedoch im Januar 1986 gestoppt – schließlich befand sich Libyen seit 1981 im Krieg mit dem Nachbarland Tschad. Die bisherigen Lieferungen waren in Wirklichkeit in den Iran gegangen, und Libyen hatte dafür falsche Endabnehmerbescheinigungen zur Verfügung gestellt. Kreisky zumindest war überzeugt, die Libyer hätten „dieses G'schäft“ für sich benötigt: „Die Syrtebucht kann man nur mit solchen Kanonen verteidigen. Ich weiß zwar nicht, ob's was hilft, aber man kann diese Geschütze immerhin auf Ziele einstellen, die dort in Hülle und Fülle gegeben sind.“<sup>136</sup> Im Rahmen eines Kurzbesuchs im Februar 1986 soll Kreisky von Gaddafi auch die Zusicherung erhalten haben, dass sich die gelieferten Kanonen noch immer in Libyen befänden<sup>137</sup>.

Schon 1981 hatte die VOEST-Alpine Kreisky ersucht, bei der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zu intervenieren, um einen geplanten Export von GHN-45 positiv zu beeinflussen. Die internationale Konkurrenz war in diesem Fall enorm, wie der ehemalige VOEST-Pressesprecher Franz Summer in seinen Memoiren schildert: „Seit 1982 balgten sich alle großen Kanonenhersteller in Ost und West sowie Schwedens und Österreichs um den Auftrag zur Lieferung von 400 Stück Feldhaubitzen, mit denen die indische Armee neu und modern artilleristisch ausgerüstet werden sollte. Das ganze System sollte einen Auftragswert von rund 20 Milliarden Schilling haben.“<sup>138</sup> Für Österreich hatten sich insofern Nachteile ergeben, als die indische Seite schon vor Verhandlungsbeginn darauf bestand, dass die Lieferungen ohne jede Einschränkung garantiert werden müssten. Da eine solche Verpflichtung aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes nicht formuliert werden konnte, sah der Vorstand die Gefahr, „dass dadurch unsere an sich sehr guten Chancen auf einen Auftrag verloren gehen“. Ein Ausweg bot sich an: „Nach inoffiziellem Rat indischer Stellen könnte [...] ein persönlicher Brief, den Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, an die Ministerpräsidentin, Frau Gandhi, richten würden, der österreichischen Industrie trotz dieses Problems weiterhelfen.“<sup>139</sup> Kreisky entsprach diesem Wunsch und legte der indischen Ministerpräsidentin die beiderseitigen Vorteile eines Geschäftsabschlusses mit der VOEST-Alpine dar<sup>140</sup>. Als Kreisky dieser Umstand während des „Managerprozesses“ zur Last gelegt wurde, rechtfertigte er sich folgendermaßen: „Grundsätzlich gehören Interventionen zugunsten legaler Geschäfte im Interesse der österreichischen Wirtschaft zu den Aufgaben eines Bundeskanzlers und stellen – wie hunderte (erfolgreiche) Beispiele beweisen – keine Ausnahme dar.“ Immerhin, so

<sup>135</sup> Vgl. Hubertus Czernin, Was Österreich an Gaddafi liefert, in: profil vom 3. 2. 1986, S. 20–23, hier S. 21.

<sup>136</sup> Czernin/Lahodinsky, Geschäfte mit Krisen, S. 12.

<sup>137</sup> Vgl. Austria Presse Agentur vom 11. 2. 1986: „Kreisky sieht Möglichkeiten für Entkämpfung im Mittelmeer“.

<sup>138</sup> Franz Summer, Das VOEST-Debakel, Wien 1987, S. 283.

<sup>139</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Brief VOEST Alpine-Vorstand an BK Kreisky, 11. 4. 1981.

<sup>140</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 179, S. 183, BK Kreisky an PM Indira Gandhi, 18. 12. 1981.

Kreisky, waren alleine in der Anfangsphase des Projekts Direktlieferungen im Wert von sechs Milliarden Schilling vorgesehen<sup>141</sup>.

Im Frühjahr 1984 versuchte dann Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ)<sup>142</sup> im Rahmen eines Staatsbesuchs Vertrauen zu schaffen und die indischen Verhandlungspartner davon zu überzeugen, dass Österreich die Lieferverträge auch dann einhalten würde, falls Indien in einen militärischen Konflikt verwickelt werde. Davor hatte ein vorbereitendes Gespräch zwischen Sinowatz und VOEST-Generaldirektor Apfalter stattgefunden. Nach den Erinnerungen Peter Unterwegers sagte Apfalter „in seiner bekannten legendären Diktion ‚Fredl, da sagst yes‘“. Sinowatz soll gegenüber dem indischen Verteidigungsminister entsprechend agiert haben: „Das Gespräch hat offensichtlich im wesentlichen auch Apfalter geführt. Ich glaube, Sinowatz war der englischen Sprache nicht besonders mächtig.“<sup>143</sup> Weiter führte Unterweger aus: „Unser absoluter Wettbewerbsnachteil – allen anderen Mitbewerbern gegenüber – war, dass wir auf Grund der österreichischen Gesetzgebung nicht in Länder im Kriegszustand bzw. in Länder, in denen ein Konflikt auszubrechen drohte liefern durften. Für einen Käufer war das mit einem unkalkulierbaren Risiko verbunden: Sollte plötzlich ein state of conflict entstehen, würden wir dann unseren vertraglichen Lieferverpflichtungen nachkommen? Auf die unvermeidliche Frage zu diesem Dilemma bei unserem Termin beim indischen Verteidigungsminister soufflierte Heribert Apfalter dem Kanzler Sinowatz beim Staatsbesuch: ‚Fredl, jetzt sagst yes!‘ Und der Herr Bundeskanzler hat auch ‚yes‘ gesagt, und das ist ihm vorher auch korrekt übersetzt worden. Was ich damit sagen will: Auch aus diesen Gesprächen war für mich der konsensuale Eindruck zwischen Politik und Management immer gegeben. In Wirklichkeit, wenn man es genau nimmt, hat der Herr Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit das Neutralitätsrecht verletzt und für jedermann verständlich das Staatswohl an erste Stelle gerückt: Ja, selbstverständlich liefern wir weiter, da fällt uns schon etwas ein. Mit wem ich auch immer in der politischen Landschaft geredet habe, so nach dem Motto – ‚Wir brauchen da eine Genehmigung‘ – hat jeder gesagt: ‚Das machen wir schon, wir stehen vor und hinter Dir‘. Keiner hat gesagt: Das Gesetz ist so, und da verzichten wir lieber auf ein Geschäft, wenn das nicht zu Tode geprüft ist. Alle waren massiv interessiert, die Parteien, die Gewerkschaften, die Repräsentanten der Länder und der Gemeinden. Die Sicherung der Arbeitsplätze war zum damaligen Zeitpunkt das ultimative Credo, dem alles unterzuordnen war.“<sup>144</sup>

Die VOEST-Alpine kam aber letztlich nicht zum Zug: 1986 setzte sich der schwedische Rüstungskonzern Bofors gegen die österreichische, französische, bundesdeutsche und britische Konkurrenz durch. Wie sich später herausstellte, hatte Bofors 1985 33 Millionen Kronen als Provision und später noch einmal 250

<sup>141</sup> StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, undatiertes Schreiben.

<sup>142</sup> Dr. Fred Sinowatz (1929–2008) war von 1971 bis 1983 Bundesminister für Unterricht und Kunst. Nach dem Rücktritt von Kreisky führte Sinowatz als Bundeskanzler zwischen 1983 und 1986 eine kleine Koalition von SPÖ und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs).

<sup>143</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 182, S. 716, Protokoll der Hauptverhandlung, 2.5.1990.

<sup>144</sup> Interview Unterweger, 9.2.2011.

Millionen Kronen auf Schweizer Konten eingezahlt – Schmiergeld, das an die Partei des indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi und an wichtige Entscheidungsträger im Verteidigungsministerium floss<sup>145</sup>. Das neutrale Schweden wiederum, das in Sachen Waffenexport eigentlich über die strengsten gesetzlichen Vorschriften verfügte, wurde von einem – dem österreichischen Fall ähnlichen – „Irangate“ erschüttert: Es stellte sich heraus, dass Bofors zwischen 1981 und 1985 auch Tonnen von Treibladungspulver und Sprengstoff über die DDR in den Iran geliefert hatte. Zwei Ermittlungsverfahren gegen die Konzernspitze von Bofors 1988 und Mitte der 1990er Jahre endeten jedoch mit Freisprüchen für die Manager<sup>146</sup>. Das gescheiterte Indiengeschäft verstärkte den Druck auf die VOEST – denn im Vertrauen darauf, dass die GHN-45 bei technischen Tests der indischen Militärs ausgezeichnete Ergebnisse erzielt hatte, war seit 1984 eine Vorratsfertigung „für den fast sicher erwarteten Auftrag aus dem Subkontinent“ angelaußen<sup>147</sup>.

Daraus wurde nun nichts. Seit dem Erwerb der GHN-45-Lizenz war zunächst nur ein damit übernommener Liefervertrag von zehn Haubitzen nach Thailand erfüllt worden. Geschäfte mit Saudi-Arabien, Somalia und Nigeria hatten sich dagegen zerschlagen<sup>148</sup>. Dafür wurde das sogenannte Jordaniengeschäft abgeschlossen, und zwar nach einem Staatsbesuch von Kreisky. Zwischen dem 2. und 5. Oktober 1980 war der Bundeskanzler mit König Hussein, Kronprinz Hassan, dem Ministerpräsidenten und mehreren Ministern zusammengetroffen. In der österreichischen Delegation hatte sich auch Hirtenberger-Generaldirektor Hadwinger befunden<sup>149</sup>. Auf einer Pressekonferenz während des Staatsbesuchs meinte Kreisky, dass „Tanks nur eine untergeordnete Rolle spielen...“. Obgleich Panzerfahrzeuge auf der Liste der Exportgüter ständen, meinte Kreisky, „er verhandle prinzipiell nicht über Waffenexporte, das sei eine Sache der jeweiligen Firmen“<sup>150</sup>. Jedenfalls kam es am 8. Februar 1981 zum Abschluss eines Verkaufsvertrags zwischen der VOEST-Alpine und dem jordanischen Verteidigungsministerium über die Lieferung von 200 GHN-45, 221 Ersatzrohren, fünf Lafetten und 700.000 Granaten<sup>151</sup>.

Bedenken aufgrund der Gesetzeslage hatte es gegen dieses Geschäft nicht gegeben, obwohl in unmittelbarer Nähe zu Jordanien am 23. September 1980 der Krieg zwischen Irak und Iran ausgebrochen war. Weiter war bekannt, dass das Königreich den kriegsführenden Irak unterstützte und ein permanentes Spannungs-

<sup>145</sup> Vgl. Erich Wiedemann, Lieber Gott, mach, dass es ein Verrückter war, in: Der Spiegel, 7. 12. 1987, S. 168–184.

<sup>146</sup> Vgl. Andreas Förster, Gefährliche Geschäfte, in: Berliner Zeitung vom 22. 1. 2011.

<sup>147</sup> Summer, Das VOEST-Debakel, S. 283.

<sup>148</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 73.

<sup>149</sup> Ebenda, S. 75.

<sup>150</sup> Die Presse vom 4. 10. 1980: „Kreisky: „Tanks spielen nur untergeordnete Rolle“.

<sup>151</sup> Zwischen 1981 und 1985 wurden insgesamt 213 GHN-45, fünf Lafetten und 151 Rohre nach Jordanien ausgeführt. Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 44.

verhältnis zu Syrien bestand<sup>152</sup>. Schon 1980 hatte die Steyr-Daimler-Puch AG einen Antrag auf den Export von 60 Panzern und Munition gestellt, gegen den das Bundeskanzleramt keinen Einwand erhab. Selbst eine Endverbraucherbescheinigung wurde als „nicht erforderlich“ angesehen<sup>153</sup>. Tatsächlich traf ein Großteil der Lieferungen im saudi-arabischen Hafen Al Quadima ein, von wo aus das Kriegsmaterial in den Irak<sup>154</sup> gelangte<sup>155</sup>. Dieser Umstand blieb den österreichischen Stellen nicht verborgen: Als Innenminister Lanc im April 1981 Bagdad besuchte, stellte der irakische Präsident Saddam Hussein laut Gesprächsnachricht „die Frage nach der Artillerie“ und meinte: „Wenn Lieferungen nicht sofort eintreffen, sondern sogar schon seit einiger Zeit überfällig seien, so sei das im Bereich der Politik eine wichtige Frage. Jede gesunde und freundschaftliche Beziehung werde durch solche bilaterale Fragen getestet.“ Lanc antwortete, „dass die Artilleriestücke für Jordanien bestimmt seien“, und erläuterte die „österreichischen neutralitätspolitischen Bestimmungen betreffend den Waffenexport“. Als Saddam Hussein nachfragte, „ob nicht die Lieferung beschleunigt werden könne, wenn sie an ein anderes Land als Jordanien ginge, da die USA ja vielleicht auch gegen Jordanien Einwendungen habe“, meinte Lanc kurz, „dass darin nicht das Problem liege“<sup>156</sup>. In einem Interview erinnerte sich Lanc 2011 an dieses Gespräch: „Saddam Hussein hat sich darüber beschwert, dass wir an den Irak keine Kanonen liefern. Da habe ich gesagt, es gäbe für einen Neutralen nur die Möglichkeit, beide Kriegsparteien zu beliefern – jetzt wo der Krieg zwischen Iran und Irak ausgebrochen war. Ich habe ihm gesagt, wir liefern gerne, aber auch der Iran klopft an die Tür. Ich könnte keinen Sinn darin erkennen, dass wir daran verdienen, dass noch mehr Iraker und Iraner ums Leben kommen – nur um durch Lieferung an beide Seiten neu-

---

<sup>152</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 77

<sup>153</sup> StBKA, VII.1 Länderboxen, Jordanien Box 2, Information für den Herrn Bundeskanzler, Waffenexport Jordanien, 16.2.1981.

<sup>154</sup> Am 22.9.1980 hatte der Erste Golfkrieg zwischen Irak und Iran begonnen. Beide Länder erhielten in Folge Waffenlieferungen – zwischen 1984 und 1988 gingen 30 % aller Rüstungsgüter, die in den Nahen Osten verkauft wurden, an die Kriegsparteien. Während der Irak vor allem von Frankreich (28 %) und der Sowjetunion (47 %) aufgerüstet wurde, war China der Hauptlieferant für den Iran (über 50 %). Darüber hinaus traten mit Brasilien, Nordkorea und Ägypten neue Waffenexporteure im Nahen Osten auf den Plan. Vgl. SIPRI Yearbook 1989, World Armaments and Disarmament, Oxford 1989, S. 196 f. Zwischen 1984 und 1988 war der Irak der führende Waffen-Importeur weltweit, der Iran folgte auf Platz 15; vgl. ebenda, S. 211. Wie der Journalist Kenneth Timmerman 1988 kritisierte, hatte eine „ganze Horde kleinerer Nationen mit Rüstungsproduktion“ den Kriegsparteien „liebend gern jeden Waffentyp [verkauft], den sie haben wollten, während sie gleichzeitig ihre nationalen Interessen in der Region vorantrieben“. Kenneth R. Timmerman, Öl ins Feuer. Internationale Waffengeschäfte im Golfkrieg, Zürich 1988, S. 330. Selbst die USA verletzten ein 1983 verhängtes Embargo und belieferten den Iran zwischen 1985 und 1986 insgeheim mit Panzerabwehrwaffen und Bodenlufttrakteten. Gewinne aus den Waffengeschäften flossen an die „Contras“ zur Unterstützung ihres Kampfes gegen die linksgerichtete Regierung Nicaraguas (Iran-Contra-Affäre).

<sup>155</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 80.

<sup>156</sup> StBKA, VII.4 Nahost, Box 2, Notiz, 6.4.1981.

tralitätskonform auszusteigen. Darauf konnte er nicht sagen: ‚Das ist mir egal‘, sondern hat das zwischen zwei Zügen an einer Havanna-Zigarre akzeptiert.“<sup>157</sup>

## 6. Der Noricum-Skandal

Tatsächlich hatte der Iran fast zeitgleich mit Lancs Irak-Visite Interesse an österreichischem Kriegsmaterial bekundet. Am 31. März 1981 wurde der österreichische Missionschef ins iranische Außenministerium gebeten, wo ihm der Vizeverteidigungsminister die Frage stellte, „ob Österreich bereit wäre, an Iran a) kurzfristig und b) nach Beendigung des Krieges mit Irak Waffen und Munition zu liefern“. Die iranische Regierung sei sich bewusst, „dass Österreich ein neutrales Land ist, jedoch möge bei der österreichischen Antwort in Betracht gezogen werden, dass Irak der Aggressor und Iran der angegriffene Staat ist, der sich verteidigen müsse. Österreich möge der islamischen Republik Iran daher helfen. Falls eine Direktlieferung nicht möglich sei, könnten Lieferungen über ein Drittland in Erwägung gezogen werden.“ Der österreichische Diplomat wiegelte mit dem Hinweis auf die Neutralität ab – erst nach Kriegsende könne die Frage von Waffenlieferungen neu geprüft werden<sup>158</sup>. Dazu sollte es aber nicht kommen – nur zwei Jahre später, am 20. Januar 1983 überbrachte der iranische Botschafter in Österreich eine „Démarche“ seiner Regierung. Der Diplomat erklärte, „dass seine Regierung im Besitz von Informationen sei, wonach Österreich beabsichtige, an Jordanien Kriegsgerät, und zwar Kettenfahrzeuge und Kanonen, zu liefern. [...] Die iranische Regierung verfüge auch über sichere Anzeichen dafür, dass dieses Kriegsgerät an den Irak weitergegeben werden würde. [...] Sollte Österreich dem Ersuchen, die Weitergabe des erwähnten Kriegsmaterials an den Irak zu verhindern, nicht entsprechen können, so wäre man in Teheran zufrieden, wenn der Iran ebenfalls die Möglichkeit erhielte, aus Österreich Kriegsmaterial zu beziehen, wenngleich dies zunächst von der iranischen Regierung nicht angestrebt werde.“<sup>159</sup>

In der Folge soll es zu massiven iranischen Drohungen gekommen sein: Ein ausgehandeltes Ölkompenstationsgeschäft im Wert von 21 Milliarden Schilling kam nicht zur Unterzeichnung, Verhandlungen über Wirtschaftsprojekte mit mehreren österreichischen Firmen wurden unterbrochen<sup>160</sup>. „Iranische Vertreter haben sich massiv beschwert, dass ihren Kämpfern österreichisches Kriegsmaterial ‚um die Ohren fliegt‘, welches zuvor im guten Glauben an Jordanien geliefert und ohne unser Wissen an den Irak weitergeleitet worden war“, erinnerte sich Peter Unterweger. „Sie haben deutlich gemacht, dass sie ebenfalls GHN-45 beziehen wollten, kombiniert mit der ‚unausgesprochenen‘ Drohung, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich einer ‚kritischen‘ Betrachtung zu unterziehen. Da herrschte allgemein helle Aufregung, so nach dem Motto: ‚Was machen wir jetzt?‘ Da kam dann eben die Idee auf, an ein Drittland zu liefern. Das war ein

<sup>157</sup> Interview Lanc, 11.2.2011.

<sup>158</sup> StBKA, VII. 1 Länderboxen, Iran Box 1, austroamb teheran an aussenamt wien, 1.4.1981.

<sup>159</sup> Ebenda, Iran Box 1, Vorsprache des iranischen Geschäftsträgers am 20.1.1983.

<sup>160</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 101.

Konsens von allen Beteiligten, ohne dass irgendjemand gesagt hat: So lauft's! Macht es so! Wer könnte den dieses Empfängerland sein? Und hier kam irgendwann einmal die Thematik Libyen auf.“<sup>161</sup>

Laut späterer Darstellung der Staatsanwaltschaft war die Noricum nach dem geplatzten Indiengeschäft und „zumal bereits im Wert von ca. 1 Mrd S auf Vorrat in Liezen produziert worden war und sonstige potentielle Kunden nicht vorhanden waren“, von sich aus an Lieferungen in den Iran interessiert<sup>162</sup>. Nachdem bereits 1983 erste Kontakte geknüpft worden waren, kam es am 29. April 1984 zum Vertragsabschluss mit dem iranischen Verteidigungsministerium. Insgesamt sollten 200 GHN-45, 200 Ersatzrohre mit Verschluss und 200 Ersatzrohre mit Mündungsbremse, Zubehör sowie 190.000 Sprenggranaten zwischen Juni 1985 bis Mai 1988 geliefert werden<sup>163</sup>. Davon wurden 180 Haubitzen, 60 Rohre mit Verschluss, 120 Rohre ohne Verschluss sowie 98.000 Sprenggranaten in acht Teillieferungen tatsächlich überstellt<sup>164</sup>. Aufgrund erzwungener Rabatte und wegen der vorzeitigen Beendigung des Geschäfts machte die VOEST statt 6,8 Milliarden Schilling nur 3,3 Milliarden Schilling Gewinn<sup>165</sup>. Wie im Gutachten des Import-Export-Sachverständigen in der Strafsache Noricum 1989 festgehalten wurde, betrug der Verlust der Noricum 36,5 Prozent, „für VA [Voest-Alpine] und Noricum gesamt musste das Ergebnis knapp positiv oder zumindest nur gering negativ gewesen sein. Ein früherer Abbruch aus dem Risiko des Ertapptseins hätte das Ergebnis wegen der Vorauszahlungen verschlechtert [...]. Noricum und VA [sind] gerade mit einem blauen Auge ausgestiegen, vernachlässigt man den Performance-Bond [Erfüllungsgarantie] und die Preisnachlässe.“ Noricum und die Voest-Alpine hätten sich so in eine „fast ausweglose Situation“ manövriert<sup>166</sup>. Außerdem sollen zwischen 1985 und 1987 knapp 800 Millionen Schilling – Provisionen von über 20 Prozent – ins Ausland geflossen sein, wobei der Hintergrund vieler Zahlungen „ungeklärt“ blieb<sup>167</sup>. Dass Provisionen bezahlt wurden, sei eine Tatsache, so Unterweger, allerdings sei deren Höhe falsch kolportiert worden: „Es ist ja bekannt, dass wir für das Geschäft auch Provisionen an Lobbyisten und unsere Vertreter gezahlt haben. Diese waren selbstverständlich im Verkaufspreis einkalkuliert. Das Gericht hat später alle Provisionsströme nachverfolgt. Es waren 10 Prozent von sechs Milliarden Schilling. In unterschiedlichsten Branchen und Gewerben (Versicherungen, Banken etc.) werden 20 bis 25 Prozent für das Zustandekommen oder Vermitteln von Geschäften bezahlt. Die Provisionsgrößen im Falle der Noricum-Geschäfte waren also relativ gering und von üblicher Größenordnung – etwa im Vergleich zu dem, was für komplett Industrieanlagen in asia-

<sup>161</sup> Interview Unterweger, 9.2.2011.

<sup>162</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 111.

<sup>163</sup> Ebenda, S. 131 f.

<sup>164</sup> Ebenda, S. 141.

<sup>165</sup> Vgl. Herbert Langsner/Christian S. Ortner, Feuer frei, in: profil vom 14.3.1989, S. 37–44, hier S. 42.

<sup>166</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Band 155, Zwischenbericht „14.12.1987“, S. 929 f.

<sup>167</sup> Herbert Langsner, „Endverbleib der Summe nicht belegt“, in: profil vom 13.2.1989, S. 32–35, hier S. 33.

tischen oder afrikanischen Ländern bezahlt wurde. Wenn da für 16 Milliarden ein Stahlwerk zu hinzustellen war, sind auch 10 Prozent bezahlt worden. Jedenfalls war immer sichergestellt, dass einer Provisionszahlung auch eine konkrete Leistung entgegenstand.“<sup>168</sup>

Libyen fungierte, wie bereits erwähnt, als Scheinadressat für die ersten sechs Teillieferungen. Zuvor war Erich Schmidt (SPÖ), Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, am 1. Dezember 1984 mit dem angeblichen Ziel nach Tripolis geflogen, den Vertragsabschluss wegen der Noricum-Haubitzen zu unterstützen. Die Staatsanwaltschaft hielt später fest, dass es „bezeichnenderweise“ zu keinen Gesprächen und Verhandlungen mit libyschen Vertretern kam und Schmidt Libyen „ohne Ergebnis“ verließ<sup>169</sup>. Tatsächlich hatte Unterweger, der auch an der Reise teilnahm, den Deal mit Gaddafi finalisiert: „Schmidt hat mich gefragt: ‚Was mache ich da eigentlich?‘ Aber ‚politisch‘ war angeregt, dass jemand aus der Ministerriege mitfliegen muss, damit das ‚Kind‘ quasi einen Namen hat, und das war der Schmidt. Am Flughafen Tripolis wurden wir dann getrennt, und ich habe dann alleine die Details mit Gaddafi geklärt. Dazu wurde ich mit verbundenen Augen durch die Gegend geschippert – das Ziel war ein riesengroßes Zelt in der Wüste. In Erinnerung geblieben ist mir, dass bei meiner Ankunft gerade die italienische Journalistin Oriana Fallaci aus dem Zelt kam. Die hatte eben ein Gespräch mit dem Revolutionsführer geführt. Ich selbst war etwa eine halbe Stunde dort, habe einen Tee getrunken und einen Handshake bekommen. Und am Schluss hat man mir einen grün eingebundenen Vertrag in die Hand gedrückt.“<sup>170</sup>

Erste Informationen, dass die Noricum anstatt Libyen den Iran belieferte, sandte im Juli 1985 der designierte Botschafter in Athen, Herbert Amry, in vier Fernschreiben an Regierungsstellen. Darin berichtete er über die Beschwerde eines beim Kanonenhandel übergangenen iranischen Zwischenhändlers und fasste seine eigenen Rechercheergebnisse so zusammen: Das Waffengeschäft sei „ein solches mit dem Iran, es sei mit dem Iran verhandelt worden und die Lieferung gehe dorthin. [...] Es sei also der Iran, der an die VÖEST bezahle, woraus zur Genüge hervorgehe, dass der Iran auch der Vertragspartner sei. Libyen scheine weder als Zahler auf noch bekomme es die Ware. Iran sei Vertragspartner daher Zahler und Empfänger.“<sup>171</sup> Kurze Zeit später, in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli 1985 erlitt Amry im Anschluss an einen Botschaftsempfang einen tödlichen Herzinfarkt<sup>172</sup>. Weil sich, wie Innenminister Blecha später in einer Vernehmung zu Pro-

<sup>168</sup> Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

<sup>169</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 125 f.

<sup>170</sup> Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

<sup>171</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 233

<sup>172</sup> Bis heute halten sich Gerüchte, wonach Herbert Amry Opfer eines Mordanschlags geworden sein könnte. 1985 führte die Staatspolizei Ermittlungen durch und berichtete: „Betreffend der Todesart stellte der Arzt eindeutig Tod durch Herzversagen infolge eines Herzinfarktes fest. Keinesfalls konnten irgendwelche Symptome einer Vergiftung oder sonstigen Einwirkung, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen würden, vorgefunden werden.“ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, Bericht, 9. 8. 1985, S. 247–251. Auch für Blecha

tokoll gab, aufgrund der Informationen Amrys „kein schlüssiger Verdacht“ ergeben hatte, „war daher beabsichtigt, die Manager mit diesem Verdacht zu konfrontieren, und von einem Eigentümervertreter Einsicht in jene Papiere nehmen zu lassen, die Auskunft darüber geben, ob das in Rede stehende Geschäft ein solches mit Libyen ist und die zu liefernden Waren nach Libyen abgehen“<sup>173</sup>.

Am 11. Juli 1985 legten Noricum-Manager dem für die Verstaatlichte Industrie zuständigen Bundesminister Ferdinand Lacina (SPÖ) den Libyen-Vertrag sowie weitere Dokumente vor. Über das Ergebnis der Prüfung heißt es in einem Aktenvermerk: „Die eingesehenen Unterlagen wiesen ausschließlich auf ein Libyen-Geschäft hin. Es konnten keinerlei Indizien gefunden werden, die die aufgetretenen Zweifel hätten gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ergaben sich keinerlei Hinweise auf ein unkorrektes Verhalten der Geschäftsführung der Firma Noricum.“<sup>174</sup> Am 12. Juli 1985 bescheinigte das Außenministerium, dass das libysche Enduserzertifikat „als ausreichend anzusehen“ sei, woraufhin ein kurzfristiger freiwilliger Lieferstopp wieder aufgehoben wurde<sup>175</sup>.

Wenige Wochen später waren die Waffengeschäfte erstmals Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse: Am 30. August 1985 hatten sich zwei Journalisten des Magazins *Basta*<sup>176</sup> im jugoslawischen Hafen Kardeljevo – heute Ploče – Zugang zu einem angeblich für Libyen bestimmten Noricum-Container verschafft. Am Rohrende des Geschützes, das sich darin befand, hing eine Bedienungsanleitung zur

---

gibt es keine Gründe, am natürlichen Tod Amrys zu zweifeln: „Es gab Untersuchungen, die vom Außenamt angeordnet wurden. Für uns war die Erklärung mit dem Herzinfarkt plausibel, weil der Herbert gesundheitliche Probleme hatte.“ Interview Blecha, 21.3.2011. Der damalige Nahostkorrespondent, James Dorsey, bestätigt hingegen, dass Amry Drohungen erhalten hatte: „Herbert war ein Freund, und ich sah ihn noch am Abend seines Todes. Ich war eine der letzten Personen, die den Empfang in Athen spätabends verlassen hat. [...] Kurz vor seinem Tode hatte mir Herbert noch erzählt, dass er Drohungen von einem iranischen Waffenhändler erhalten hatte. [...] Weil es dann keine Autopsie gab, haben viele Beobachter vorschnelle Schlüsse gezogen. Ob es ein natürlicher Tod oder ein Mord war, dafür gibt es keine Beweise – weder für das eine noch für das andere.“ Interview mit James Dorsey, 1.7.2015.

<sup>173</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Bd. 160, Vernehmung des Beschuldigten, 10.8.1989.

<sup>174</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, Aktenvermerk, 22.8.1985, S. 262.

<sup>175</sup> Ebenda, Bd. 143, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an das Bundesministerium für Inneres, 12.7.1985, S. 233.

<sup>176</sup> Investigativer Journalismus spielte eine Schlüsselrolle beim Bekanntwerden des Noricum-Skandals: Den größten Coup landete die 1983 gegründete und 1994 eingestellte Monatszeitschrift „Basta“. Für die Öffentlichkeit war es schwierig, wegen der zunehmenden Komplexität der Materie die Entwicklung des Geschehens über einen so langen Zeitraum zu verfolgen. 1990 stellte der „Spiegel“ nicht umsonst fest, dass „das Interesse der längst zum Überdruss skandalgeplagten österreichischen Bevölkerung“ am Noricum-Prozess „eher matt“ sei; „Tot, blind und deppert“, in: Der Spiegel vom 9.4.1990, S. 160f., hier S. 161. Zu diesem Zeitpunkt war der Tatbestand des illegalen Waffentransport längst nicht mehr vorrangig, „sondern das persönliche Schicksal der betroffenen Politiker, deren schwierige und komplizierte Lage, ein schwer administrierbares Gesetz, jede Menge Verfahrensfragen und ein großes Maß an Solidarität“, in: Doris Schmidbauer, „Nix seh’n, nix red’n, so lebst am besten.“ Der Noricum-Skandal, in: Gehler/Sickinger (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich, S. 568–591, hier S. 588f.

ordnungsgemäßen Entladung. Der Text war nicht in Arabisch, sondern in Persisch abgefasst<sup>177</sup>. Daraufhin wurde am 3. Oktober 1985 eine „Scheinentladung“ für den österreichischen Handelsdelegierten in Tripolis organisiert, um den Bestimmungsort Libyen zu belegen (tatsächlich wurde der Container wieder auf das Schiff verladen und dieses verließ den Hafen von Tripolis in Richtung Iran)<sup>178</sup>. Doch Zweifel blieben bestehen: Im Februar 1986 wurde Bundeskanzler Fred Sinowatz in Anspielung auf ein Zitat von Bruno Kreisky gefragt: „Ein paar tote Irakis sind Ihnen lieber als ein paar hundert Arbeitslose?“ Sinowatz stellte das entschieden in Abrede: „Alle Hinweise in diese Richtung sind ergebnislos überprüft worden. Mir sind keine Waffenlieferungen in den Iran, den Irak oder andere kriegsführenden Länder bekannt. Sie werden doch nicht glauben, dass wir nicht sofort zum Staatsanwalt gingen, wenn wir davon wüssten.“<sup>179</sup>

Diesen Schritt machte der *Basta*-Journalist Burkhard List: Nach seiner Anzeige kam es zu ersten Ermittlungen gegen Noricum-Manager durch die Staatsanwaltschaft Linz, die am 30. April 1986 eingestellt wurden. In der Zwischenzeit war die Exportgenehmigung für Libyen zurückgezogen worden. Nach Innenminister Blecha „war der Grund die Krise im Mittelmeerraum, insbesondere die Aktionen der USA gegen Libyen, die durch die Terroranschläge auf die Flughäfen Wien und Rom am 27. 12. 1985 ausgelöst worden sind“<sup>180</sup>. Nicht verhindert wurde, dass noch im Juni 1986 eine Teillieferung an den Iran abging. Die restlichen Lieferungen realisierte man über gefälschte Papiere, die Abnehmerländer wie Argentinien, Thailand, Brasilien, Bulgarien, Polen und Ägypten angaben, woraufhin Bewilligungsbescheide ergingen – bis der Iran Ende 1987 die neunte Teillieferung wegen eines verweigerten Preisnachlasses nicht akzeptierte<sup>181</sup>.

Bei der Verschleierung der Geschäfte spielte der syrische Waffenhändler Monzer Al-Kassar<sup>182</sup> eine wichtige Rolle, der schon Anfang der 1980er Jahre eine Dependance in Österreich aufgebaut hatte. 1983 wurde in der Wiener Zelinkagasse Nr. 2 die Handelsgesellschaft Alkastronic gegründet, die laut Ermittlungen der österreichischen Staatspolizei „hauptsächlich in der Vermittlung von Waffengeschäften tätig“<sup>183</sup> war. Die Aktivitäten von Al Kassar, der auch massiv in den Drogenhandel und den internationalen Terrorismus verstrickt gewesen sein soll<sup>184</sup>,

<sup>177</sup> Vgl. Burkhardt List / Otto Grüner, Heavy Metal. Die geheimen Geschäfte der VÖST, in: *Basta*, Nr. 10/1985, S. 12–15.

<sup>178</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 146 f.

<sup>179</sup> Christian S. Ortner/Josef Votzi, „Bin ein erfolgreicher Krisenkanzler“, in: *profil* vom 24. 2. 1986, S. 18 ff., hier S. 20.

<sup>180</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 160, Vernehmung des Beschuldigten, 10. 8. 1989.

<sup>181</sup> Vgl. Peter Pelinka, Syndikat der Ehrenmänner, in: *Die Zeit* vom 22. 9. 1989.

<sup>182</sup> Monzer Al-Kassar wurde 2008 von einem US-amerikanischen Bundesgericht wegen eines Waffendeals sowie wegen Geldwäsche und Terrorismusunterstützung zu einer 30jährigen Haftstrafe verurteilt.

<sup>183</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 153, Bericht, 19. 12. 1985, S. 137.

<sup>184</sup> Vgl. Manfred Morstein, *Der Pate des Terrors. Die mörderische Verbindung von Terrorismus, Rauschgift und Waffenhandel*, München 1989; Andrew Feinstein, *The Shadow World. Inside the Global Arms Trade*, New York 2011.

brachten Österreich international Kritik ein<sup>185</sup>. Ende Dezember 1985 intervenierten die Behörden. Es kam zu einer Hausdurchsuchung, die Alkastronic wurde geschlossen. Der damalige Innenminister Blecha betonte: „Ich habe Al Kassar nie persönlich getroffen, aber kannte ihn aus allen möglichen Berichten. Wir haben alles daran gesetzt, um ihn loszuwerden, was uns gelungen ist. Al Kassar war deshalb auf uns sehr wütend, soweit ich das weiß.“<sup>186</sup> Für die Abwicklung der Waffengeschäfte mit dem Iran war Al Kassar auch nach dem Alkastronic-Aus ein wichtiger Geschäftspartner: Seine in Polen ansässige Firma Overseas Company vermittelte Anfang 1986 gegen eine fünfprozentige Provision das „Argentiniengeschäft“ über 18.000 Granaten für die Firma Hirtenberger. Der tatsächliche Abnehmer war der Iran, während Hirtenberger als Sublieferant der Noricum fungierte<sup>187</sup>. Im Januar 1985 und Oktober 1986 trafen Noricum-Manager Al Kassar in Marbella<sup>188</sup> – zwecks Beschaffung eines argentinischen Endverbraucherzertifikats für eine Teillieferung von 60 GHN-45. Die Overseas Company soll dafür eine Provision von 41,7 Millionen Schilling erhalten haben<sup>189</sup>. Wie Unterweger im Interview bestätigte, war Al-Kassar wegen seiner weltweiten Verbindungen zu Entscheidungsträgern interessant: „Seine Kontakte reichten vom saudischen Königshaus, wo er auch eng mit Adnan Kashoggi<sup>190</sup> zusammenarbeitete, von Libyen aber auch bis ins damals noch kommunistische Polen, detto waren seine südamerikanischen Kontakte, so z. B. in Argentinien, Paraguay oder Argentinien von exzellenter Qualität. Er hatte den Status des hochbezahlten globalen Lobbyisten. Ich habe ihn zweimal persönlich in Spanien getroffen. Eine andere Kommunikationsform als das direkte Gespräch war mit ihm aus Sicherheitsgründen nicht möglich.“<sup>191</sup> 1986/87 schob Al Kassar für ein „Polengeschäft“ der Firma Hirtenberger mit einem Volumen von 50.000 Sprenggranaten, Treibladungssätze und Treibpatronen als Abnehmer die Firma Cenzin vor, die zum polnischen Außenhandelsministerium gehörte<sup>192</sup>. Konsequenzen hatten diese Vorgänge für Al Kassar nicht – die zuständige Einsatzgruppe für die Bekämpfung des Terrorismus berichtete 1988: „Von Seiten des Gerichtes sind trotz ausführlicher Information keine Schritte gegen Al Kassar Monzer beabsichtigt.“<sup>193</sup>

<sup>185</sup> Im „Reader’s Digest“ wurde Österreich scharf kritisiert: „Monzer Al Kassar is but one of 200 arms dealers who supply outlaw nations in the Middle East from or through Austria. He is also an example how official corruption and voter indifference have transformed Austria into a major avenue for terrorist operations throughout Europe.“ In dem Artikel war auch von einem österreichischen Haubitzen-Export in den Iran die Rede; vgl. Nathan M. Adams, Profiteers of Terror. The European Connection, in: Reader’s Digest, August 1986, S. 49–55.

<sup>186</sup> Interview Blecha, 21.3.2011.

<sup>187</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 160.

<sup>188</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 154, Strafsachen 24 Vr 305/87 u. 24 Ur43/87 Zwischenbericht „14. 12. 1987“, Teil 1, S. 11.

<sup>189</sup> Vgl. Herbert Langsner, Der „Prinz von Marbella“, in: profil vom 21.3.1988, S. 20f., hier S. 20.

<sup>190</sup> Der saudi-arabische Geschäftsmann Adnan Kashoggi wurde schon in den 1970er Jahren als Waffenhändler bekannt und war angeblich in die Iran-Contra-Affäre verwickelt.

<sup>191</sup> Interview Unterweger, 9.2.2011.

<sup>192</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 166.

<sup>193</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 175, Bericht Internationaler Waffenhandel, 26.1.1988.

Die Ermittlungen der Justiz waren aufgrund von Informationen, die auf den wegen verlustreicher Ölgeschäfte angeklagten Manager Georg Preschern zurückgingen, wieder in Gang gekommen. Ein *Basta*-Artikel vom 23. Dezember 1986 nannte ihn als Informanten der vorangegangenen Berichte über Irangeschäfte der VOEST-Alpine. Das zuvor eingestellte Verfahren wurde formlos fortgesetzt und Voruntersuchungen gegen VOEST- und Noricum-Manager aufgenommen<sup>194</sup>. Mitte Juni 1987 übergab Preschern eine bereits 1986 verfasste eidesstattliche Erklärung, die er bei einem Notar hinterlegt hatte<sup>195</sup>. Am 3. März 1989 erhob dann die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 18 Beschuldigte<sup>196</sup>, während im November des gleichen Jahres der parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufnahm – ein Ausschuss, der mit den Stimmen von ÖVP<sup>197</sup>, FPÖ und Grünen gegen die SPÖ durchgesetzt worden war. Der Endbericht vom 3. April 1990 sah die politische Verantwortung in folgenden Punkten verletzt: „1. durch die wahrheitswidrige Beantwortung parlamentarischer Anfragen und unrichtige Erklärungen dem Parlament gegenüber; 2. durch die Duldung von Koordinationschwierigkeiten zwischen den nach dem Kriegsmaterialexportgesetz zuständigen Ministerien; 3. durch Unterlassung der Befassung der Staatsanwaltschaft bei Vorliegen schwerwiegender Verdachtsmomente; 4. durch die Unterstützung einer fragwürdigen Unternehmenspolitik der Verstaatlichten Industrie in kritischen Bereichen; 5. durch Unterlassung der notwendigen Änderung der Verordnung zum Kriegsmaterialexportgesetz.“<sup>198</sup> Der Ausschuss befand, „dass den österreichischen Behörden eine nahezu unübersehbare Menge an Informationen zugekommen ist, die auf eine ‚Umleitung‘ der Waffenexporte in die kriegsführenden Staaten Iran und Irak hingewiesen haben“<sup>199</sup>.

Neben in- und ausländischen Medienberichten kam es mehrfach zu Mitteilungen ausländischer Staaten an österreichische Vertretungsbehörden sowie zu Vorsprachen von Diplomaten im Wiener Innen- und Außenministerium. So wur-

---

<sup>194</sup> LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 336 f.

<sup>195</sup> Vgl. Summer, Das VOEST-Debakel, S. 12.

<sup>196</sup> Der 1985 entlassene VOEST-Generaldirektor Heribert Apfalter konnte nicht mehr vernommen werden. Er verstarb am 26. 8. 1987. Auch um diesen Todesfall ranken sich zahlreiche Gerüchte. Der Bericht der Sicherheitsdirektion Niederösterreich hielt fest: „Als Todesursache wurde eindeutig Herzinfarkt [...] festgesetzt.“ Anhaltspunkte auf Fremdverschulden waren „weder bei der gerichtsmedizinischen Obduktion feststellbar noch konnten solche im Zuge der Erhebungen ermittelt werden“, in: LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 178, Bericht an die Staatsanwaltschaft St. Pölten, 9. 9. 1987.

<sup>197</sup> Die ÖVP befand sich seit 1987 in einer großen Koalition mit der SPÖ und hatte mit der Zustimmung zum Untersuchungsausschuss praktisch Koalitionsbruch begangen. Bereits 1985 war der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Andreas Khol von seiner Partei als „Sonderbeauftragter“ in Sachen Noricum eingesetzt worden. ÖVP-Außenminister Alois Mock wiederum schaltete erst ab Januar 1988 direkt das Landesgericht Linz ein, nachdem der österreichische Botschafter im Iran auf einen bestehenden Vertrag zur Lieferung von GHN-45 hingewiesen worden war. Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 17. Von daher rührte auch die Kritik am Untersuchungsausschuss als parteipolitisch einseitig.

<sup>198</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 35.

<sup>199</sup> Ebenda, S. 10.

den beispielsweise dem österreichischen Botschafter in Washington 1986 Satellitenaufnahmen vorgelegt, die den Einsatz von GHN-45 im Iran belegten<sup>200</sup>. Im Jahr darauf meldete der österreichische Botschafter im Irak, Georg Potyka, dass die auf beiden Seiten im Golfkrieg eingesetzten GHN-45 einen zwiespältigen Eindruck hinterließen: „Das irakische Militär schätzt die Seinigen, während die Bevölkerung von Basra unter einem ‚Österreicher‘ den Einschlag einer schweren iranischen Granate versteht.“<sup>201</sup> Ende September 1987 berichtete der Botschafter in Riyad von einer Unterredung im Außenministerium: „1) man hätte saudischerseits Informationen wonach der im österreichischen Staatseigentum stehende Konzern Voest-Alpine über die Tochter ‚Noricum‘ rund 200 Stk. schwerer Artillerie über Libyen in den Iran geliefert hätte [...]. 2) wäre man hierüber äußerst beunruhigt und besorgt („most concerned“) und würde dies – soferne es wahr wäre – nicht nur als unfreundlichen Akt, sondern mehr noch, als direkte Bedrohung der Sicherheit Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten ansehen. [...] 5) jeder Mann wisse, dass Libyen Iran mit Waffen versorge. Man sei jedoch darüber sehr überrascht, dass Österreich trotz seiner guten Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern zulasse, dass österreichische Waffen über Libyen in den Iran geschickt werden. [...] 8) man müsse sich dessen bewusst sein, dass es genau diese österreichischen Kanonen seien, die seit Monaten gegen Basra zum Einsatz gelangen und für die Tötung tausender Zivilisten und unschuldiger Personen verantwortlich seien. 9) man könne nicht verstehen, warum das friedliebende Österreich statt zur Beilegung dieses Krieges durch Waffenlieferungen an den Iran zu seiner Verlängerung beitrage.“<sup>202</sup> Durch solche Informationen hatten sich die ursprünglichen Verdachtsmomente erhärtet, aber wie der Ausschuss feststellte, wurde „offenbar weiterhin wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen der Vorrang eingeräumt und der tatsächliche Informationsstand oftmals unter Hinweis auf ein falsch verstandenes Geheimhaltungserfordernis verschleiert“<sup>203</sup>.

Nach der Aufarbeitung des Skandals im Parlament wurden 1991 14 angeklagte Manager wegen „Neutralitätsgefährdung“ beziehungsweise Verstoßes gegen das Kriegsmaterialexportgesetzes verurteilt. Zwei Jahre später gab der Oberste Gerichtshof deren Einsprüchen statt, was gemilderte Strafen und sieben Freisprüche nach sich zog. 1993 fand abschließend der sogenannte Politikerprozess statt: Ex-Bundeskanzler Sinowatz, Ex-Innenminister Blecha und Ex-Außenminister Gratz wurden vom Vorwurf des Amtsmisbrauchs und des Beitrags zur Neutralitätsgefährdung freigesprochen – lediglich Blecha erhielt eine bedingte Freiheitsstrafe wegen Beweismittelfälschung und Urkundenunterdrückung<sup>204</sup>. 2008 meinte Blecha, dass die damalige Bundesregierung „den strengen österreichischen Waf-

<sup>200</sup> Ebenda.

<sup>201</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>202</sup> LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 171, austroamb Riyad an aussenamt Wien, 30.9.1987, S. 316–320.

<sup>203</sup> Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 34.

<sup>204</sup> Vgl. Dickinger, Die Skandale der Republik, S. 155–158.

fentransportbestimmungen“ entsprochen habe, nicht an Krieg führende Länder zu liefern: „Dass die Lieferung gar nicht nach Libyen geht, sondern im Iran landete, habe ich nicht wissen können. Das hat der Bundeskanzler Sinowatz nicht gewusst und der Außenminister Gratz auch nicht. Das habe ich der Öffentlichkeit versucht, klar zu machen. Viele Produkte neutraler Staaten sind letztendlich über verschiedene Kanäle dort gelandet, wo sie gebraucht worden sind, sprich wo es eben Krieg gegeben hat. Aber Österreich hat seine Noricum-Kanonen nicht an Kriegsführende verkauft.“<sup>205</sup>

## 7. Zusammenfassung

Im Gefolge des Noricum-Skandals ging die Bedeutung der Waffenproduktion in Österreich rasch zurück. 1989 listete SIPRI das Land noch an 14. Stelle der führenden Waffenexporteure in die Industriestaaten mit 151 Millionen US-Dollar Umsatz zwischen 1984 und 1988 (zum Vergleich: im selben Zeitraum exportierten die USA Waffen für 26.819 Millionen US-Dollar, die UdSSR an zweiter Stelle kam auf 17.923 Millionen US-Dollar)<sup>206</sup>. 1994 betrugen die Umsätze der österreichischen Rüstungsbetriebe nur mehr 1,4 Milliarden Schilling – im Vergleich zu sieben Milliarden Schilling Anfang der 1980er Jahre<sup>207</sup>. 1989 wurde die Noricum Maschinenbau und Handel GmbH in Maschinenfabrik Liezen Ges.m.b.H umbenannt. Man gab die Waffenproduktion wegen der immer schwächeren Nachfrage auf und verkaufte die Firma Hirtenberger an einen Privatunternehmer, der die Produktion massiv zurückfuhr. Steyr-Daimler-Puch wurde ab 1987 in zahlreiche eigenständige Teilkonzerne tranchiert. Andere Betriebe wie Assmann gingen in Konkurs, Dynamit Nobel stellte auf zivile Produkte um. Somit gab es Anfang der 2000er Jahre in der österreichischen Waffenproduktion gerade ein paar hundert Beschäftigte, die jährlichen Exporte waren von ehemals bis zu 500 Millionen Euro auf gerade einmal ein Zehntel dieses Volumens geschrumpft<sup>208</sup>.

2009 lag Österreich laut SIPRI-Bericht an 27. Stelle der weltweiten Waffenexporteure (0,14 Prozent). Die fünf größten Waffenexporteure waren die USA (30,01 Prozent), Russland (19,74 Prozent), Deutschland (10,92 Prozent), Frankreich (8,18 Prozent) und Großbritannien (4,52 Prozent)<sup>209</sup>. Ende 2013 stand nach massivem Stellenabbau durch den US-Eigentümer General Dynamics das Steyr-Panzerwerk SSF in Wien-Simmering – das letzte Element der klassischen österreichischen Rüstungsproduktion – vor dem Aus<sup>210</sup>. Dass das neutrale Österreich trotz der rückläufigen Entwicklung dennoch als eine „Heimat großer Waffen“ gilt, stellte für die Tageszeitung *Die Presse* eines „der vielen österreichischen Paradoxa“ dar:

<sup>205</sup> Interview mit Karl Blecha, „Vergessen können hält jung“, in: Der Standard vom 16.6.2008.

<sup>206</sup> Vgl. SIPRI Yearbook 1989, S. 198.

<sup>207</sup> Vgl. Wolf Lotter, Traurige Kanonen, in: profil vom 1.7.1996, S. 20 ff., hier S. 20.

<sup>208</sup> Vgl. Michael Nikbaksh/Martin Staudinger, Land im Waffenstillstand, in: profil vom 26.4.2004, S. 52–56, hier S. 52.

<sup>209</sup> Vgl. Austria Presse Agentur vom 6.12.2010: „Die größten Rüstungsexporteure der Welt“.

<sup>210</sup> Vgl. Wilhelm Theuretsbacher, Steyr-Panzerwerk steht vor dem Aus, in: Kurier vom 24.10.2013.

„Ausgerechnet in dem kleinen Land mit seiner ‚immerwährenden Neutralität‘ und einem der strengsten Waffengesetze sind zwei der erfolgreichsten Waffenhersteller der Welt zu Hause: Glock in Niederösterreich, dessen Pistolen von Polizeieinheiten weltweit verwendet werden. Und Steyr Mannlicher, auf dessen Armee Universalgewehr (AUG)<sup>211</sup> Militärs und Spezialeinheiten in 30 Ländern dieser Welt setzen – und Jäger in noch viel mehr Ländern auf die fein gearbeiteten Jagdwaffen.“<sup>212</sup>

Innenpolitisch war die Causa Noricum ein Symptom des politischen und wirtschaftlichen Krisenjahrzehnts nach 1980 und trug mit dazu bei, dass Österreich den zweifelhaften Beinamen „Republik der Skandale“ erhielt: Der Skandal um den Bau des Allgemeinen Wiener Krankenhauses(1980), die internationale Isolation Österreichs durch die Bundespräsidentschaftskandidatur Kurt Waldheims (1986), der „Wein-Skandal“ (1985), Wohnbauskandale (1982, 1989) oder der „Lucona-Skandal“<sup>213</sup> erschütterten das Vertrauen in die etablierten Parteien und förderten die Hinwendung zu rechtspopulistischen Politikangeboten<sup>214</sup>. Der Verlust der absoluten Mehrheit 1983 bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie, die mit dem Wahlsieg von 1970 begonnen hatte. Die Parteienlandschaft sollte sich 1986 durch den erstmaligen Einzug der Grünen Alternative und den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider<sup>215</sup> überhaupt grundlegend verändern. Hierzu hatte neben den zahlreichen Korruptionsskandalen auch der weitere Niedergang der ÖIAG wesentlich beigetragen: 1985 verursachte eine Beteiligung der VOEST-Alpine AG am geplanten Stahlwerk Bayou (USA) einen Gesamtverlust von fünf Milliarden Schilling, während die Ölpekulationsverluste des Tochterunternehmens „Intertrading“ 4,2 Milliarden Schilling betrugen. Der Jahresverlust machte insgesamt 12 Milliarden Schilling aus, wobei die Steuerzahler über Staatsgarantien für Schulden in der Gesamthöhe von 71 Milliarden Schilling (ohne Zinslast)

---

<sup>211</sup> Die Produktion des AUG wurde 2004 nach Malaysia verlegt. Der Eigentümer begründete den Schritt so: „Wir produzieren hierzulande künftig kein Kriegsmaterial mehr. Ich habe es als Geschäftsmann satt, in Österreich mit meinen Produkten in die Nähe von Drogendealern und Zuhältern gerückt zu werden.“ Nikbakhsh/Staudinger, Land im Waffenstillstand, S. 32. Weil sich die Eigentümerverhältnisse bei Steyr-Mannlicher änderten, wird das Sturmgewehr unter anderem auch in Australien und den USA gefertigt; vgl. Wilhelm Theuretsbacher, Österreichische Waffen in Syrien, in: Kurier vom 15.8.2012.

<sup>212</sup> Norbert Rief, 360 Grad Österreich: Neutrale Heimat großer Waffen, in: Die Presse vom 19.11.2011.

<sup>213</sup> Das Frachtschiff „Lucona“ sank am 23.1.1977 nach einer Explosion im Indischen Ozean. Sechs Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. 1992 wurde der gut vernetzte Unternehmer Udo Proksch (1934–2001) zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Proksch die Lucona mit einer Zeitzünderbombe versenken ließ, um die Versicherungssumme der angeblichen Ladung – einer Uranerzaufbereitungsanlage – zu kasieren.

<sup>214</sup> Vgl. Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien 2004, S. 69.

<sup>215</sup> Bei der Nationalratswahl 1986 erzielte die FPÖ erstmals mit Haider als Spitzenkandidat 9,7 % (plus 4,7 %).

bürgten<sup>216</sup>. 1986 begann daher Bundeskanzler Sinowatz eine weitreichende Reform der ÖIAG, die die Konzernstruktur veränderte und den politischen Einfluss zurückdrängte<sup>217</sup>. Längerfristig wurde der Austro-Keynesianismus, mit seiner national ausgelegten Fixierung auf Ausgabensteigerung und Arbeitsplatzsicherung infolge der voranschreitenden Globalisierung und der europäischen Integration von neoliberalen Konzepten – Privatisierung, Deregulierung und Rückführung der Staatsquote – abgelöst<sup>218</sup>. So unterwarf man die ÖIAG zwischen 1986 und 1992 einer „Sanierung“, die die Vorstufe für eine erste Privatisierungswelle zwischen 1991 und 1995 bildete. Vollständig abgeschlossen wurde die Privatisierung de facto 2005<sup>219</sup>. Anfang 2015 hielt die Staatsholding unter anderem noch 52,85 Prozent an der Post AG, 31,50 Prozent an der OMV (früher: Österreichische Mineralölverwaltung) und 28,42 Prozent an der Telekom Austria<sup>220</sup>. Schon 1998 sollten nur noch 50.000 Arbeitnehmer im Rahmen der ÖIAG beschäftigt sein. Zum Vergleich: Noch 1980 waren in den 6.846 Industrieunternehmen der Verstaatlichten insgesamt 630.000 Menschen beschäftigt – 22 Prozent aller Arbeitnehmer in ganz Österreich, die 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten<sup>221</sup>. Im Fall der VOEST-Alpine war der ÖIAG-Eigenanteil bis 2004 auf 2,25 Prozent zusammengeschrumpft. Ende August 2005 wurden die verbliebenen Anteile vollständig abgegeben; seither befindet sich die nunmehrige „voestalpine“ in privatem Besitz<sup>222</sup>.

Um abschließend auf die Expansion der österreichischen Waffenproduktion Ende der 1970er Jahre zurückzukommen, so hatte diese ihr Hauptziel – zur Sanierung der ÖIAG beizutragen – klar verfehlt. Da die Produktion von Beginn an exportorientiert war, kam es infolge der Gesetzeslage und der Neutralität Österreichs häufig zum Konflikt zwischen moralisch-ethischen Bedenken und betriebswirtschaftlichen Überlegungen<sup>223</sup>. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine Reihe widersprüchlicher Exporte, vor allem in lateinamerikanische Militärdiktaturen und Autokratien im Mittleren Osten, der außenpolitischen Glaubwürdigkeit Österreichs als neutrale und friedenspolitische Kraft Schaden zufügten<sup>224</sup>. Die Auswirkungen des Noricum-Skandals infolge der gesetzeswidrigen Belieferung kriegsführender Staaten trugen schließlich einerseits dazu bei, Handlungsspielraum für eine Strukturreform der ÖIAG zu eröffnen. Andererseits stehen diese Ereignisse im Kontext des allmählichen Niedergangs des national ausgerichteten Austro-Keynesianismus und verdeutlichen den politisch-wirtschaftlichen Wandel der 1980er Jahre.

<sup>216</sup> Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 143.

<sup>217</sup> Vgl. Douschan, Anton Benya, S. 226 f.

<sup>218</sup> Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 152 f.

<sup>219</sup> Vgl. Georg Turnheim, Die Privatisierung der verstaatlichten Industrie (Periode 1991 bis 2007), in: Ders., Österreichs Verstaatlichte, S. 103–126, hier S. 126.

<sup>220</sup> Verkauf von „Familiensilber“ hat Tradition, orf.at, 12.1.2015, [http://orf.at/stories/2260950/2260960/\[6.11.2015\]](http://orf.at/stories/2260950/2260960/[6.11.2015]).

<sup>221</sup> Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 145.

<sup>222</sup> Vgl. Liselotte Palme, Vollprivatisierung: Die Voest-Saga, in: profil vom 29.8.2005, S. 40 f.

<sup>223</sup> Vgl. Wochenpresse, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18 f., hier S. 19.

<sup>224</sup> Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, S. 362.